# der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 8/2011

**Das Stasi-Unterlagen-Gesetz**

**Wahrzeichen der Diktatur**

**„Postkrieg" in den 50er Jahren**

Gegründet 1991 vom BSV-Landesverband Berlin

## Inhalt


**Aktuell**

3 Stiftung
Zwangsausgesiedelte
Christenverfolgung
Altlasten
Kommentar

**Thema**

4 Umkämpfte Akten. 20 Jahre StUG, Teil 2

**International**

6 Der Memento Park in Budapest
7 Hundert Jahre freies China

**Geschichte**

8 Briefmarken: Menschen hinter Stacheldraht
9 Erschossen an der Grenze

**Recht**

10 Eckregelsätze und Bedarfsstufen (2)
Letzte Gelegenheit
StUG-Novelle

**Berichte**

11 Zwangsausgesiedelte
12 Süddeutscher Freundeskreis „Hoheneckerinnen"
13 Damit sie nicht vergessen sind
14 Facharbeit

**Verbände**

15 Taschenkalender
Mühlberg
UOKG
Ketschendorf
BSV-Veranstaltung
Bautzen
Auszeichnung
16 Leserbriefe
Suchanzeige

**Service/Bücher**

17 In welcher DDR haben Sie gelebt?
18 Zwangsarbeit im Strafvollzug
19 Hilferufe aus dem Elend

**Service/Veranstaltungen**

17-19


*Umschlagbild:*
*Mauerspecht 2011. Die zweite Generation nach dem Mauerfall bekundet vorerst tastendes Interesse. Ob daraus in ein paar Jahren Wissensdurst wird und der Wunsch, die jüngere deutsche Geschichte zu erkunden, hängt vom Aufarbeitungswillen der Gesellschaft ab.*

*Foto: N. Radlitz*

# Roland Jahn – einer von uns

Von Horst Schüler

Nein, ich will Sie nicht mit ollen Kamellen langweilen, nur mal ein kurzer Rückblick ins deutsche Geschichtsbuch sei gestattet, dort, wo es über die Weimarer Republik berichtet. Da kann man nämlich nachlesen, daß die Stalin hörigen Kommunisten damals nicht etwa in den Nazis ihre größten Feinde sahen, sie suchten sie vielmehr bei den Sozialdemokraten. „Sozialfaschisten" waren das für sie. Daß diese Haltung Hitlers Machtübernahme nicht gerade abträglich war, gilt als unbestritten. Ein paar Seiten weiter berichtet das Geschichtsbuch von einer Denkschrift, die der Vorstand der SPD 1955 herausgab, mit dem Titel „Die Straflager und Zuchthäuser der Sowjetzone". In ihr wird das Leiden geschildert, dem Tausende und aber Tausende Gegner der kommunistischen Ideologie unterworfen wurden. Im Vorwort heißt es: „Der Terror der kommunistischen Machthaber richtete sich in zunehmendem Umfange von Anfang an mit besonderer Konzentration gegen die Sozialdemokraten."

Zwei Beispiele aus einer langen Liste von Feindseligkeiten, der sich besonders Sozialdemokraten in der jüngeren deutschen Geschichte durch Kommunisten ausgesetzt sahen. Warum sich ungeachtet dieser Tatsache jetzt ausgerechnet prominente Sozialdemokraten an die Spitze einer Verteidigungsfront für 47 ehemalige Angehörige des DDR-Staatssicherheitsdienstes schieben, denen lediglich eine Versetzung von der Stasi-Unterlagenbehörde in ein anderes staatliches Amt „zugemutet" wird, darüber rätseln wohl alle, die unter dem Terror von Mielkes Tschekisten zu leiden hatten. Fassungslos erleben sie, wie Roland Jahn, seit März neuer Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen und Initiator dieser Umsetzung, angegriffen wird, etwa von Dieter Wiefelspütz, innenpolitischer Sprecher der SPD. Er sieht in Jahn einen „Eiferer mit Schaum vor dem Mund". Oder das SPD-Urgestein Egon Bahr. Der spricht Jahn jeglichen Versöhnungswillen ab, und überhaupt habe ja die Stasi-Behörde Anteil daran, daß die innere Einheit unseres Volkes nicht voranschreite. Natürlich fehlt auch Wolfgang Thierse nicht, der von verfassungsrechtlichen Bedenken in der Umsetzung gequält wird. Warum der einstige Bundestagspräsident solche Bedenken nicht im allgemein üblichen Fraktionszwang bei Abstimmungen sieht, obgleich doch die Verfassung vorgibt, daß jeder Abgeordnete nach eigenem Gewissen abzustimmen habe, ja, das fragt man sich da schon.

Unter den Opfern kommunistischen Terrors findet sich niemand, der solche Kritik auch nur in Ansätzen teilen kann. Seit Jahren schon haben alle Opferverbände gefordert, daß in einer Behörde, die Unterlagen des früheren DDR-Staatssicherheitsdienstes verwaltet, Stasi-Angehörige nichts zu suchen haben. Das ist eine Frage des politischen Anstands. „Jeder ehemalige Stasi-Mitarbeiter in dieser Behörde ist ein Schlag ins Gesicht der Opfer", hat Roland Jahn gesagt, und genau so haben wir es jahrelang empfunden. Vielleicht konnte man ja bei der Gründung dieser Behörde wirklich nicht auf die speziellen Archivkenntnisse einiger ehemaliger Stasi-Leute verzichten, doch warum wurden sie damals nicht mit Zeitverträgen eingestellt?

Wie auch immer: Roland Jahn hat Lob und Zuspruch verdient, keinen Tadel. Er ist der erste Bundesbeauftragte, der selbst in kommunistischen Gefängnissen inhaftiert war. Er ist also nicht nur unser Verbündeter, er ist darüber hinaus auch einer von uns. Und er hat eine unserer wichtigsten Forderungen durchgesetzt. Wer sich deshalb gegen ihn stellt, stellt sich nicht nur gegen Roland Jahn, er stellt sich gegen alle Opfer kommunistischen Terrors. Und um das noch einmal in Erinnerung zu rufen: Unter denen waren viele gute Sozialdemokraten.

## Stiftung

(st)Die Sammlung des Pforzheimers und ehemaligen DDR-Bürgers Klaus Knabe zur Geschichte des SED-Staates ist seit langem ein vielbeachtetes Museum, dessen Zukunft jedoch nicht gesichert war. Deshalb haben der Trägerverein „Gegen das Vergessen", die Initiative „Gegen Vergessen – Für Demokratie" und Pforzheims Oberbürgermeister Gert Hager zur Gründung einer Stiftung aufgerufen. Auch der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, setzte sich dafür ein. Gerade im weit entfernten Südwesten Deutschlands sei es wichtig, die Erinnerung aufrechtzuerhalten, sagte Diepgen. Die offizielle Gründung der Stiftung soll im November dieses Jahres im Beisein Joachim Gaucks, des ehemaligen Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, erfolgen.

## Zwangsausgesiedelte

Auf ihrem Kongreß zum 50. Jahrestag der letzten großen Zwangsaussiedlung aus innerdeutschen Grenzgebieten durch DDR-Behörden (s.S. 11) haben die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft und weitere Teilnehmer am 24. September in Berlin erklärt: „Wir verlangen die vollständige Rehabilitierung und die Anerkennung der entstandenen gesundheitlichen Schäden der Betroffenen. Wir sehen in den Zwangsaussiedlungen von mindestens 12 000 Menschen in Friedenszeiten eine schwere Menschenrechtsverletzung, die sogar nach der damaligen DDR-Verfassung widerrechtlich war und die zu den schwersten Verbrechen von Staaten gegenüber ihren Bürgern zählt. Unser heutiger Rechtsstaat muß gegenüber den damals Betroffenen endlich seiner Fürsorgepflicht nachkommen.

Da die Deportationen die Biographien der Betroffenen erheblich beschädigt haben, ist eine wirkliche Rehabilitierung nur durch Aufnahme in die Opferrentenregelung für die ehemaligen politischen Häftlinge glaubwürdig und wirksam. Die durch Studien nachgewiesenen gesundheitlichen Schäden, insbesondere jene psychischer Art, müssen als verfolgungsbedingte Leiden anerkannt werden. Die Anerkennung muß durch Beweislastumkehr erfolgen, weil jede andere Regelung wirklichkeitsfremd und wirkungslos wäre."

## Christenverfolgung

(PT)Weltweit werden Christen auf Grund ihrer Religionszugehörigkeit diskriminiert, sie sind die derzeit am stärksten verfolgte Religionsgemeinschaft. Aktuell sorgt der Fall des zum Tode verurteilten iranischen Pastors Youcef Nadarkhani für Schlagzeilen. Zu diesem Thema luden die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte IGFM sowie die CDU am 11. Oktober in Berlin zu einem Pressegespräch ein. Durch öffentlichen Druck ist das Todesurteil bisher nicht vollstreckt worden, doch seit einigen Wochen wird Nadarkhani auch vorgeworfen, er sei „Zionist, Vergewaltiger und Erpresser". IGFM-Vorstandssprecher Martin Lessenthin warnte, daß die Kriminalisierung der Opfer von Menschenrechtsverletzungen eine beliebte Methode von Diktaturen sei.

## Altlasten

Zur Ankündigung der noch in der Stasi-Unterlagen-Behörde beschäftigten ehemaligen Mitarbeiter des MfS, ihrer Versetzung mit einer Sammelklage zu begegnen, erklärte der Vorsitzende des Dachverbandes der Opferverbände UOKG, Rainer Wagner: „Daß die ehemaligen Stasi-Gehilfen nun ihre Pfründe in der Stasi-Unterlagen-Behörde verteidigen, erfüllt uns mit tiefem Abscheu. Dieses Verhalten ist dreist. Diese Menschen haben einem Apparat gedient, der seine Gegner mit psychischer und physischer Zersetzung drangsaliert und zerstört hat. Sie sollten dankbar sein, daß der Rechtsstaat ihnen eine komfortable Versetzungsregelung bietet." Allein die Vorstellung, möglicherweise schon am Eingang der Behörde von Stasi-Pförtnern empfangen zu werden, könne für Opfer der SED-Diktatur schwer traumatisierend sein.

UOKG-Vorstandsmitglied Siegmar Faust äußerte sich zum neuen Programm der Linkspartei: „Was zeichnete den Sozialismus eigentlich aus, wenn man sich die Diktatur wegdenkt? Selbstherrliche Funktionäre, religiöse Entwurzelung, Weltrekord im Selbstmord, Mangel an allen Ecken und Enden, Wohnungsnot, vergiftete Flüsse und Seen, sterbende Wälder, zerfallende Innenstädte, gesprengte Schlösser und Kirchen, Schlangestehen vor den Läden, Schlamperei in den volkseigenen Betrieben. Statt Pazifismus als Staatsraison gab es eine beispiellose Militarisierung des Alltags und infame Feindbilderziehung, in Lehrbüchern wurde der ‚Heldentod' wieder schmackhaft gemacht."

**Kommentare**

# Die wahren Sozialdemokraten?

Die Linkspartei hat ihr erstes Programm beschlossen. Mit einer Zustimmung von 96,6 Prozent erreicht sie fast die phantastischen Werte ihrer DDR-Vorgängerin.

Das Resultat zeigt, wie groß der Druck auf die Delegierten war. Zurückgehende Wahlergebnisse, das Ende von rot-rot in Berlin, Regierungsbeteiligung nur noch im Land Brandenburg und die innere Zerreißprobe zwischen Radikalen und Reformern. Die Aufrufe der Parteispitze zur Geschlossenheit haben ihre Wirkung getan, zumindest im Moment.

Weil sich für die innere Einheit alte Traditionen so gut machen, griff die Partei kurzerhand in die Geschichtskiste und zauberte – nein, nicht 70 Jahre kommunistische Verbrechen – die Sozialdemokratie des 19. Jahrhunderts hervor. Salbungsvoll lasen die führenden Genossen aus dem Erfurter Programm der SPD von 1891 vor, und Willy Brandt wurde auch noch als Kronzeuge der Parteilinie in Stellung gebracht. Die Strategie ist nicht neu. Schon die SED berief sich auf alle ihr nützlichen Traditionen: Von Spartakus über Thomas Müntzer bis zur Befreiung vom Nationalsozialismus.

Die Programminhalte überraschen wenig: Austritt aus der Nato und ihre Abschaffung, Verstaatlichung großer Banken und Betriebe, statt Kapitalismus Errichtung eines „demokratischen Sozialismus", was immer damit gemeint ist, Abschaffung der Kluft zwischen arm und reich, Legalisierung weicher und harter Drogen. Diese Forderungen dürften der Partei, falls sie je in der Praxis erhoben werden, Regierungskoalitionen unmöglich machen. Abzuwarten bleibt, ob dieses Problem nun Auswirkungen auf die Konstellationen im Land Brandenburg hat.

Das Programm ist da, wie aber kann der Rest der Bevölkerung davon überzeugt werden? Mit Hilfe von Drogen für alle vielleicht.

Hans-Peter Schudt

# Umkämpfte Akten

## Zwanzig Jahre Stasi-Unterlagen-Gesetz

Von Florian Kresse
Teil 2

Nachdem im ersten Teil die schwierigen Anfänge und die Grundzüge des Stasi-Unterlagen-Gesetzes (StUG) dargestellt wurden, sollen im zweiten Teil die wichtigsten Wegmarken der Entwicklung des Gesetzes in den letzten zwanzig Jahren und die aktuelle Diskussion beleuchtet werden.

Das Stasi-Unterlagen-Gesetz wurde in den letzten zwanzig Jahren insgesamt sieben Mal novelliert. Eine achte Novelle ist bereits im Bundestag verabschiedet worden (die Zustimmung des Bundesrats stand bei Redaktionsschluß noch aus). Drei der Novellierungen riefen erhebliches Medienecho hervor. Eine von ihnen ist unmittelbar verknüpft mit dem Namen des Altkanzlers Helmut Kohl. Er war nicht nur der Kanzler der Einheit, sondern auch der Kanzler der CDU-Spendenaffäre,

Foto: Heinz Hirndorf/Dt.Bundesarchiv

Im Erfurter Bezirksarchiv des MfS am 4. Dezember 1989.

die zu einem der größten Skandale der deutschen Nachkriegsgeschichte führte. Die CDU der Ära Helmut Kohl unterhielt sogenannte schwarze Kassen – geheime Bankkonten, auf denen Spenden eingingen, die nicht in den Rechenschaftsberichten der Partei auftauchten. Aus Geldern dieser Schattenkonten wurden Wahlkämpfe von CDU-Kandidaten finanziert, die besonders enge Anhänger Kohls waren. Die Identität der Spender ist bis heute unbekannt – der Altkanzler hatte sein Ehrenwort gegeben, die Namen nicht zu verraten, und dieses Wort damit über die rechtsstaatliche Ordnung gestellt. Insofern konnte auch nie der Verdacht ausgeräumt werden, daß es sich bei den illegalen Spenden um Schmiergeld handelte.

Das MfS wußte über diese illegale Praxis Bescheid, es hatte Kohl jahrelang abgehört. Und so gedachte der damalige Stasi-Unterlagen-Beauftragte Joachim Gauck, im Zuge des Parteispendenskandals die Stasi-Akten des Altkanzlers der Forschung und den Medien zugänglich zu machen.

Das war natürlich nicht im Interesse Kohls, der auf dem Klageweg gegen eine Veröffentlichung vorging. Es folgte ein jahrelang andauernder Rechtsstreit zwischen ihm und der Stasi-Unterlagen-Behörde (BStU), deren Chefin inzwischen Marianne Birthler geworden war. Helmut Kohl klagte vor dem Berliner Verwaltungsgericht auf Unterlassung. Das Gericht gab dem Kläger am 4. Juli 2001 recht (VG Berlin, Urteil vom 04.07.2001, Az. 1 A 389/00). Es untersagte der Behörde, Akten über Kohl ohne dessen Einwilligung herauszugeben, „soweit diese Informationen aufgrund zielgerichteter Informationserhebung (…) durch den Staatssicherheitsdienst gesammelt wurden". Die Notwendigkeit einer Einwilligung erstreckte sich dabei auch auf solche Daten, die nicht ausschließlich das Privatleben Kohls betrafen. Gegen diese Entscheidung legte die Behörde eine Sprungrevision ein. Der Fall ging an das Bundesverwaltungsgericht, welches nun über die Herausgabe zu entscheiden hatte. Doch es wies die Klage mit Urteil vom 8. März 2002 als unbegründet zurück (BVerwG Urteil vom 8. März 2002, Az. 3 C 46.01).

Um eine Herausgabe in solchen und ähnlichen Fällen dennoch zu ermöglichen, wurde nun der Gesetzgeber aktiv. 2002 wurde die streitentscheidende Vorschrift des § 32 StUG neu gefaßt. Nunmehr durften Unterlagen mit personenbezogenen Informationen über Personen der Zeitgeschichte, Inhaber politischer Funktionen oder Amtsträger, soweit diese ihre zeitgeschichtliche Rolle, Funktions- oder Amtsausübung betrafen, nach einer Güterabwägung veröffentlicht werden. Mit der Änderung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes ging die BStU nunmehr davon aus, daß es nicht mehr grundsätzlich untersagt sei, Akten über Helmut Kohl herauszugeben. Nach einer weiteren Klage Kohls vor dem Verwaltungsgericht Berlin gab dieses auch der Behörde recht. Doch damit fand der Altkanzler sich nicht ab. Er legte Sprungrevision ein, und erneut mußten sich die Richter des Bundesverwaltungsgerichts mit der Sache befassen. Sie gaben Kohl in den entscheidenden Punkten recht. So war die „Zurverfügungstellung von Stasi-Unterlagen mit personenbezogenen Informationen an die Presse (...) dem davon Betroffenen (...) grundsätzlich unzumutbar." Lediglich „allgemeinzugängliche Quellen" dürften an die Presse herausgegeben werden, und auch dies nur nach einer Abwägung. Damit endete der Fall Kohl. Die Akten blieben weiter unter Verschluß.

2006 standen wiederum wichtige Entscheidungen in der Geschichte des Stasi-Unterlagen-Gesetzes an. In jenem Jahr mußte der Gesetzgeber die Weichen für den Fortgang der DDR-Aufarbeitung stellen, denn die im StUG festgeschriebenen Regelüberprüfungen für Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes liefen 2006 aus. Es war klar, daß kein Schlußstrich unter die Aufarbeitung gezogen werden sollte. Das Problem von ehemaligen Stasi-Mitarbeitern im öffentlichen Dienst erwies sich als nach wie vor virulent. Klar allerdings war auch, daß anstelle von Regelüberprüfungen künftig nur noch Personen in herausragenden gesellschaftlichen und sportlichen Positionen überprüft werden sollten. Der Verjährungsgrundsatz, dem gemäß Mitarbeitern im öffentlichen Dienst eine Stasi-Verstrickung nach 15 Jahren nicht mehr vorgehalten werden durfte, wurde mit der Novelle des Jahres 2006 gestrichen. Zudem gab es Zugangserleichterungen für Journalisten und Wissenschaftler. Die Gesetzesänderung war ein Konsens aller Bundestagsfraktionen – mit Ausnahme der Linken.

Doch die 2006 festgeschriebene Überprüfung war nur auf fünf Jahre befristet. So sah sich der Gesetzgeber 2011 erneut dazu gezwungen, das Stasi-Unterlagen-Gesetz zu diskutieren. Es sollte in verschiedenen Punkten novelliert werden. Auch hier stand von Anfang an fest, daß es keinen Schlußstrich unter die DDR-Aufarbeitung geben dürfe. Eine Serie von IM-Enthüllungen im Land Brandenburg in den beiden Jahren zuvor hatte das deutlich gemacht. Bei den Details waren sich die Fraktionen allerdings uneinig. Das zeigte sich vor allem an zwei entscheidenden Fragen.

Zum einen ging es wieder um die Überprüfungen im öffentlichen Dienst. Während SPD und Grüne sie künftig nur noch an einen konkreten Verdacht knüpfen wollten, wünschten die Regierungsfraktionen, auf eine solche Verknüpfung zu verzichten. Nach dem Willen der Regierung sollten alle Beschäftigten ab der Besoldungsgruppe A 13 einer verdachtsunabhängigen Überprüfung unterzogen werden dürfen; im letztlich vom Bundestag verabschiedeten Entwurf wurde die Überprüfungsmöglichkeit sogar auf alle Beschäftigten ab der Besoldungsgruppe A 9 ausgeweitet. Beschäftigte unterhalb dieser Tarifgruppe dürfen auch überprüft werden, jedoch nur bei einem konkreten Verdacht.

Zum anderen gab es die heftigsten Auseinandersetzungen um eine Vorschrift, die neu in das Stasi-Unterlagen-Gesetz eingefügt werden sollte – § 37a StUG. Darin heißt es:

„Eine Beschäftigung von Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik ist vorbehaltlich des Satzes 2 unzulässig. Ehemalige Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Bestimmung beim Bundesbeauftragten beschäftigt sind, sind ihren Fähigkeiten entsprechend und unter Berücksichtigung sozialer Belange auf einen gleichwertigen Arbeitsplatz innerhalb der Bundesverwaltung zu versetzen, wenn ihnen dies im Einzelfall zumutbar ist."

Dieser neuen Vorschrift ging eine heftige Debatte voran. Angestoßen hatte sie Roland Jahn – seit März dieses Jahres Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen – bei seiner Antrittsrede. Die Tatsache, daß noch immer 47 Personen in der Stasi-Unterlagen-Behörde beschäftigt sind, die schon für das MfS tätig waren, bedeutete für den neuen Behördenchef einen „Schlag ins Gesicht der Opfer". Er versprach eine Lösung des Problems. Jahns Vorhaben führte zu heftigen Reaktionen. Er wurde als „Eiferer mit Schaum vor dem Mund" (Dieter Wiefelspütz, SPD) und als „Behördenchef Gnadenlos" (Heribert Prantl, Süddeutsche Zeitung) beschimpft. Auch von der eigenen Seite kam Kritik: Der Vorsitzende des Beirats der BStU, Richard Schröder, bezeichnete Jahns Anliegen als „ausgesprochen misslich und schädlich für die Aufgabe der Aufarbeitung der SED-Diktatur."

In § 37a ist das Ansinnen Jahns aufgegriffen worden, um Ansehen und Akzeptanz der Behörde in der Öffentlichkeit und besonders bei den Opfern zu erhöhen (vgl. Beschlußempfehlung des Ausschusses für Kultur und Medien, BT-DS 17/7170, S. 9). Die Oppositionsparteien indes stellten sich rigoros gegen eine gesetzliche Regelung des Problems. Es handle sich um ein Einzelfallgesetz und sei somit verfassungswidrig. Weil sie sich nicht in der Lage sahen, diesem Gesetzesentwurf zuzustimmen, enthielten sie sich bei der Abstimmung im Bundestag. Der Entwurf wurde mit den Stimmen der Koalition angenommen. Lediglich die Linksfraktion stimmte dagegen.

Vorbehaltlich einer Mehrheit im Bundesrat, ist das Stasi-Unterlagen-Gesetz also nun bis ins Jahr 2019 gesichert. Weitergehende Entwicklungen lassen sich heute noch nicht prognostizieren. Schon aus biologischen Gründen wird eine Überprüfung im öffentlichen Dienst auf Mitarbeit beim MfS wohl nicht mehr die große Rolle spielen, die ihr derzeit noch zukommt. Dennoch wird es auch nach 2019 wichtig sein, den Zugang zu den Akten des DDR-Geheimdienstes für Forschung und Betroffene zu sichern. Denn noch lange nicht sind alle Machenschaften des SED-Regimes umfassend aufgeklärt.

Das Stasi-Unterlagen-Gesetz ist ein wichtiges Stück jüngerer deutscher Geschichte. Von Anfang an mußte es unterschiedliche Interessen berücksichtigen. Stets waren die Persönlichkeitsinteressen des einzelnen und die Interessen der Opfer, der Wissenschaftler sowie der Medien gegeneinander abzuwägen. Das Stasi-Unterlagen-Gesetz stand immer in diesem Konflikt, und es schlägt sich bis heute wacker. Mit seiner Qualität ist es nicht nur Vorbild für osteuropäische Staaten. Auch die neuen Kräfte in den ehemaligen arabischen Diktaturen – BStU-Mitarbeiter wurden als Berater nach Tunesien und Ägypten eingeladen – haben seinen Wert erkannt.

## Was gehört nicht zu den Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes?

1. Schreiben des Staatssicherheitsdienstes nebst Anlagen, die er anderen öffentlichen oder nicht öffentlichen Stellen zugesandt hat, soweit diese Stellen ihm gegenüber nicht rechtlich oder faktisch weisungsbefugt waren,

2. Unterlagen, die an andere Stellen aus Gründen der Zuständigkeit weiter- oder zurückgegeben worden sind und in denen sich keine Anhaltspunkte befinden, daß der Staatssicherheitsdienst Maßnahmen getroffen oder veranlaßt hat,

3. Unterlagen, deren Bearbeitung vor dem 8. Mai 1945 abgeschlossen war und in denen sich keine Anhaltspunkte befinden, daß der Staatssicherheitsdienst sie über die archivische Erschließung hinaus genutzt hat,

4. Gegenstände und Unterlagen, die Betroffenen oder Dritten vom Staatssicherheitsdienst widerrechtlich weggenommen oder vorenthalten worden sind. Soweit es sich um Schriftstücke handelt, kann der Bundesbeauftragte Duplikate zu seinen Unterlagen nehmen.

(StUG § 6)

## Die Novellen des Stasi-Unterlagen-Gesetzes (Stasi-Unterlagen-Änderungsgesetze – StUÄndG)

StUÄndG vom 22. Februar 1994, BGBl. I S. 0334

2. StUÄndG vom 26. Juli 1994, BGBl. I S. 1748

3. StUÄndG vom 20. Dezember 1996, BGBl. I S. 2026

4. StUÄndG vom 19. Dezember 1998, BGBl. I S. 3778

5. StUÄndG vom 2. September 2002, BGBl. I S. 3446

6. StUÄndG vom 14. August 2003, BGBl. I S. 1654

7. StUÄndG vom 21. Dezember 2006, BGBl. I S. 3326

# Wahrzeichen der Diktatur

## Der Memento Park in Budapest

Unter Stalins Stiefeln findet im Budapester Memento Park die Ästhetisierung einst real existierenden sozialistischen Terrors statt. Zweiundvierzig nach der Wende von öffentlichen Plätzen und Fassaden verbannte Werke der kommunistischen Nachkriegsära sollten hier in den neunziger Jahren zur letzten Ruhe gebettet werden, eine letzte Chance erhalten, zu musealen Ehren gelangen. Statt dessen

Stalins Stiefel ohne Stalin.

ist mangels Geld und schöpferischer Ideen ein Zwitter entstanden: weder Friedhof noch Museum. Auf einem ungepflegten Areal stehen sie, die einst verhaßten Wahrzeichen einer vierundvierzig Jahre währenden Diktatur. Dabei verbergen sich hinter den Werken zum Teil die Namen international renommierter Künstler, wie beispielsweise Zsigmond Strobl Kisfaludi (1885-1975) und Imre Varga (*1923). Einen Schaden hat ihr Ansehen durch den Wechsel der Systeme nicht erlitten. Ganz anders ist es Künstlern der Nazizeit, wie Leni Riefenstahl, Gottfried Benn und vielen anderen, ergangen. Benn, der vielleicht bedeutendste Dichter der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts, der sich durch einen verhängnisvollen Brief gleich zu Anfang des Tausendjährigen Reichs zweifelsohne schuldig gemacht hat, trägt das Kainsmahl bis auf den heutigen Tag, obwohl er alsbald auf Distanz zu den Nazis und in die innere Emigration gegangen ist. Varga konnte nicht einmal die bedenkliche Mitarbeit am Stalin-Denkmal etwas anhaben. Dieses Denkmal war am 23. Oktober 1956, dem Ausbruch der ungarischen Revolution, vom Sockel geholt worden. In Erinnerung daran wird der Besucher des Memento Parks von einer Stiefelkopie der Stalinstatue begrüßt. Als Hinweis darauf, wie laut die Völker Osteuropas unter Stalins Stiefeln gestöhnt haben oder gar wie lästiges Ungeziefer zerquetscht worden oder in Arbeitslagern und Zuchthäusern verschwunden sind. Gyula Illyés´ Gedicht „Ein Satz über die Tyrannei", geschrieben 1950, ziert die Außenwand des Freiluftmuseums. Hier nur einige der 49 Strophen:

„Wo es Tyrannei gibt,/ dort herrscht Tyrannei,/ nicht nur in den Gewehrläufen,/ nicht nur in den Gefängnissen,// nicht nur in den Vernehmerzimmern,/ nicht nur in den Nächten,/ in den Worten brüllender Bullen,/ Tyrannei herrscht dort// nicht nur im blauen Dunst/ flammender Anklagereden,/ im Geständnis,/ in den Klopfzeichen der Häftlinge,//(…) nicht nur in den Nachrichten,/ die im Flüsterton/ heimlich zitternd/ durch den Türspalt dringen,//(…) wo es Tyrannei gibt,/ ist jeder ein Glied in der Kette;/ stinkend entsteigt sie dir,/ die Tyrannei bist du auch selbst;//(…)"

Links von diesem Gedicht steht Lenin, der neben Stalin gewiß kleinere Massenmörder, indes größere Ideologe, und rechts davon das von György Segesdi 1971 geschaffene Marx-Engels-Denkmal. Wie die beiden in Granit gehauenen und in kubistischer Manier erscheinenden Chefideologen terroristischer Volksbeglückung da so stehen, sehen sie Bin Laden, dem islamistischen Volksbeglücker, den nun schon eine große Schar von Jungfrauen umgibt, verblüffend ähnlich. Ja, und zwei Baracken vor dem Eingang zu den Statuen gibt es auch noch. In der einen gegenwärtig nicht zugänglichen soll es wechselnde Ausstellungen geben, in der anderen läuft schon seit ewigen Zeiten ein Lehrfilm von Kádárs Sicherheitsdienstlern, wie man Leute aushorcht, bespitzelt, unbemerkt in ihre Wohnungen eindringt, eben das ganze Überwachungsprogramm. Nun bleibt nur noch der Weg zu den verbannten Statuen.

Ich möchte den Eindrücken künftiger Besucher nicht vorgreifen. Nur eines vielleicht: Frappierend die Parallelen in der Gigantomanie völkischer und sozialistischer Kunst. Eigentlich habe ich Verlogenheit in der Kunst noch nie gemocht. Und daran ändert auch der Versuch nichts, mich durch die Hintertür der Erinnerung zu übertölpeln. Ungarisch-sowjetische Freundschaft hat es leider ebenso wenig gegeben wie deutsch-sowjetische. Und die Lust daran, mich an künstlerischen Ergüssen zu berauschen, die Verbrecher wie Ferenc Münnich oder Béla Kun, auf dessen Konto in der Zeit der Räterepublik, in der Zeit des roten Terrors, 590 Hinrich-

Marxengels kubistisch.

tungen gehen, darunter 200 Lehrer, für die Ewigkeit zu konservieren trachten, hat mich noch nie in ihren Bann geschlagen. Da scheint mir der Vorschlag eines Freundes schon sinnvoller zu sein. Er meint, man hätte die von ihren Ursprungsorten verbrachten Werke in liegender Stellung darbieten sollen, damit die Betrachter die sozialistischen Schöpfungen besprühen, gegebenenfalls mit Urin und Kot besudeln könnten oder damit sie von Gras und Moos, von Schlingpflanzen und Bäumen überwuchert werden sollten wie einst das Aztekenreich.

Hans-Henning Paetzke

Fotos: Privat

Ungarischer Arbeiter dankt sowjetischem Soldaten. 1956.

# Hundert Jahre freies China

Es war der 10. Oktober 1911, als Dr. Sun Yat-sen mit seinen Getreuen die kaiserliche Ching-Dynastie stürzte und die Republik China ausrief. Sie gründete sich auf die Lehren Konfuzius´ und Teile der US-Verfassung. Bedingt durch die kämpfe mit den Warlords und den achtjährigen Krieg gegen Japan wurde Yatsens Militärexperte Tschiang Kai-schek zur führenden Persönlichkeit. Die Wirren, die dadurch ungelöste soziale Frage, die Hilfe Moskaus für die Kommunisten und deren Bürgerkrieg führten schließlich zum Verlust des Festlandes. Knapp zwei Millionen Soldaten und Zivilisten siedelten auf die Provinz-Insel Taiwan über, wo Präsident Tschiang Kai-schek endlich die Bodenreform durchführen konnte. Der Versuch der chinesisch-kommunistischen Truppen, durch ein mehrwöchige Trommelfeuer mit 571 959 Granaten die Inselfestung Quemoy (nur zwei Kilometer entfernt von der Volksrepublik China, die Mao Tse-tung 1948 ausrief) sturmreif zu schießen, scheiterte. Indes dominierte im Westen, der lange die Republik China als Verbündete gegen den Kommunismus sah, bald das Wirtschaftsinteresse am Riesenreich Pekings: 1971 wurde die Insel aus der UNO ausgeschlossen und statt dessen das dortige kommunistische Regime aufgenommen.

Heute weist die Republik China auf Taiwan ein Bruttosozialprodukt pro Kopf von 18 588 US-Dollar auf, ihr Lebensstandard ist immer noch höher als jener in der Volksrepublik. Ihr Außenhandel steht weltweit an 16. Stelle, wichtigste Exporte sind Elektronik- und Informationsprodukte. Sie ist ein offenes, funktionsfähiges demokratisches Gemeinwesen. Die 23 Millionen Einwohner wollen in Freiheit und mit Menschenrechten leben – und selber über ihre Zukunft entscheiden. Äußerlich erscheint das Verhältnis von Volksrepublik und Republik China – zwischen beiden besteht weiter Bürgerkriegszustand – gegenwärtig recht friedlich. Es gibt direkte Charterflüge sowie 15 gegenseitige Verträge über Schiffsverkehr, Postdienst und Verbrechensbekämpfung. Inzwischen sind weit über 50 000 Unternehmen aus Taiwan mit zwei Millionen ihrer Mitarbeiter auf dem Festland tätig. Aber stellt dies nicht eine gefährliche Abhängigkeit Taipehs von Peking dar? Denn dessen Isolationspolitik gegen die Republik China, die nur noch von 24 Staaten anerkannt wird, läuft weiter. Stets tönt Peking, Taiwan sei eine „abtrünnige Provinz", obwohl diese niemals zur Volksrepublik gehörte, sondern immer Gebiet der Republik China war. Soll der massive Ausbau der U-Boot-Flotte Pekings eine Blockade der Insel vorbereiten? Weshalb sind 1328 Raketen auf sie gerichtet? Taiwan ist längst faktisch, allerdings informell unabhängig. Sollte die Republik China dies offiziell erklären, könnte es ein Signal für andere Teile auf dem Festland sein. Peking jedenfalls hat sein Recht auf kriegerische Lösung der Frage sogar als Ermächtigungsgesetz festgeschrieben.

Die schon mehrfach angekündigte, aber bisher nie erfolgte Eroberung der Provinz-Insel ist letztlich eine ideologisch-politische Niederlage der KP-Führung in Peking. Im Kriegsfall würden die 2,84 Millionen Soldaten der Republik China sich trotz verbissener Gegenwehr wohl nur einige Tage halten können. Vertraglich sind die USA zur Unterstützung verpflichtet, als Antwort darauf hat die Volksrepublik mit einem Atomkrieg gegen Nordamerika gedroht. Washington hat sich ebenfalls verpflichtet, die Republik China mit Verteidigungswaffen zu versehen, was alljährliche Proteste Pekings auslöst. Vor Wochen erwarb Taipeh Waffen im Wert von 5,85 Milliarden US-Dollar, erhielt aber nicht die gewünschten 66 hochmodernen F-16-Bombenflugzeuge. Washington will in dieser Region Ruhe und Frieden, die Volksrepublik wahrscheinlich auch, angesichts ihrer innenpolitischen Probleme. Die Trümpfe der Republik China indes sind ihre andauernde wirtschaftliche Stärke und das heute in nicht wenigen Kreisen der Volksrepublik ansteckende Beispiel von Demokratie und Freiheit.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Foto: Privat

Angesichts seiner vielen Veröffentlichungen über Fernost erhielt der Autor 1975 zum Nationalfeiertag am 10. Oktober eine Einladung in die Republik China, wo er (l.) auch mit Tschiang Kai-schek (r.) zusammentraf. Dr. F.-W. Schlomann erhielt, wahrscheinlich als einziger Deutscher, den Verdienstorden von Quemoy.

# Menschen hinter Stacheldraht

## Ein denkwürdiges Briefmarkenmotiv

Als erste haben die Österreicher mit einem Briefmarkensatz ihrer Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges gedacht. Schon unmittelbar nach der Befreiung Europas von Nationalsozialismus und Faschismus hatten sie sich, obgleich bislang überwiegend stolze Landsleute „des Führers" und begeisterte Verfechter des „Anschlusses", von Deutschland distanziert. So konnten sie beinahe unbefangen ihre in Gefangenschaft geratenen Männer zurückfordern (Abb. 1, Motivgestaltung v. Leopold Jahn, Michel-Katalog-Nr. Österreich 829-831, Ausgabetag 30.8.1947, 1 500 000 Aufl.).

Abb. 1

Die deutsche Bundesrepublik hingegen tat sich damit sehr viel schwerer. Erst als der Druck von unten, kanalisiert durch den Verband der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermißtenangehörigen, durch die Kirchen und das Deutsche Rote Kreuz, erstarkte, folgte die Bundespost der Forderung nach der Emission (Ausgabe – d. Red.) einer Sondermarke. Mit dieser Briefmarke, deren Motiv auch in Westdeutschland nicht unumstritten war, wurden Öffentlichkeit und Regierung acht Jahre nach dem Krieg für das Gefangenen-Thema sensibilisiert. Über 101 Millionen Stück der Gefangenenmarke wurden bis 31. Dezember 1954 verkauft, bis heute die höchste Auflage einer einzelnen Sonderbriefmarke in Deutschland (Abb. 2, Motivgestaltung Prof. K.H.Walter, Stuttgart, kombinierter zweifarbiger Buchdruck, Kopf in Prägedruck, Michel-Katalog-Nr. BRD 165, und Sonderstempel).

Der Grafiker Professor Karl Hans Walter beschreibt seinen Briefmarkenentwurf so: „Bildinhalt und Druckausführung sind auf das Außerordentliche des Themas abgestellt… Die Skizze zeigt das Profil eines Mannes, der in die Richtung des sich öffnenden Stacheldrahtes blickt. Etwas von der stillen Größe der fast vergessenen Armee hinter Stacheldraht soll ausgedrückt werden."

Die dafür immer noch übliche Bezeichnung „Deutsche Kriegsgefangene" wird allerdings dem Anliegen der Briefmarkenausgabe nicht gerecht. Auch Tausende deutsche Zivilgefangene wurden in sowjetischen Straflagern festgehalten. Es waren vor allem die „zur Klärung eines Sachverhaltes" im sowjetischen Machtbereich Abgeholten und Verschleppten aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, der Ostzone und Berlin sowie später aus der DDR. Deren Familien hatten bis 1953, manche bis 1954, keine Nachricht über ihren Verbleib.

Abb. 2

Es wird angenommen, daß von 1945 bis 1955 etwa 40 000 bis 50 000 (Karl Wilhelm Fricke) bzw. sogar 55 000 Deutsche (G. Wagenlehner) in der SBZ/DDR durch Sowjetische Militärtribunale verurteilt wurden. Von ihnen sind etwa 20 000 bis 25 000 (Fricke) in Arbeitslager auf dem Territorium der Sowjetunion deportiert worden. Hinzu kommen die 40 000 zum größten Teil in der UdSSR verurteilten Kriegsgefangenen und die Internierten. Während die westlichen Siegermächte längst ihre deutschen Kriegsgefangenen entlassen hatten, hielt die Sowjetunion also zum Zeitpunkt der Briefmarkenemission 1953 noch Zehntausende Deutsche unter menschenunwürdigen Bedingungen als Arbeitssklaven zurück.

Die DDR-Behörden bezeichneten die Emission der Gefangenenmarke der deutschen Bundespost als „verlogene Attacke". Deshalb wurden mit dieser Marke freigemachte Postsendungen bestenfalls zurückgeschickt, wochenlang nicht oder gar nicht zugestellt und später nur mit abgerissener oder unkenntlich gemachter Briefmarke befördert. „Postkrieg" heißt das bis heute. Die DDR-Stellen sahen offenbar in dieser Marke eine gegen sich gerichtete politische Provokation, da sie deren Motivgestaltung auch auf die in der DDR und in der Sowjetunion festgehaltenen politischen Gefangenen bezog. Mit allen verfügbaren Mitteln, z.B. mit Stempelfarbe, Fettstift oder Lacküberzug, wurden die Briefmarken im grenzüberschreitenden Verkehr von den DDR-Behörden unkenntlich gemacht (Abb. 3, Geschwärzte Gefangenenmarken, Quelle: Sammlung d. Autors).

Abb. 3

Bereits am Tage der Ausgabe der Gefangenenmarken durch die Bundespost verfügte die DDR über amtliche Überklebemarken im Briefmarkenformat. Diese Vignetten trugen die Aufschrift „Gedenket unserer gefangenen Friedenskämpfer, die in Adenauers Kerkern schmachten". Damit sollten die Gefangenenmarken unkenntlich gemacht werden. Ob die DDR die Lächerlichkeit der Maßnahme selbst einsah? Jedenfalls wurden diese Aufkleber schon nach drei Tagen, ab 12. Mai 1953, nicht mehr als Überklebemarken, sondern als rückseitige Verschlußmarken für Postscheckbriefe, Wertsendungen

innerhalb der DDR und eingeschriebene Briefe der Versandstelle für Sammlermarken aufgebraucht.

Auf Abbildung 4 (Quelle: Museumsstiftung Post und Telekommunikation, Archiv für Philatelie, Bonn) ist ein seltener Postkrieg-Beleg zu sehen, bei dem die Gefangenenmarken als Doppelfrankatur durch die DDR-Behörden mit Stempelfarbe geschwärzt und darüber hinaus noch mit der „Adenauer-Marke" überklebt wurden.

Wilhelm K.H. Schmidt

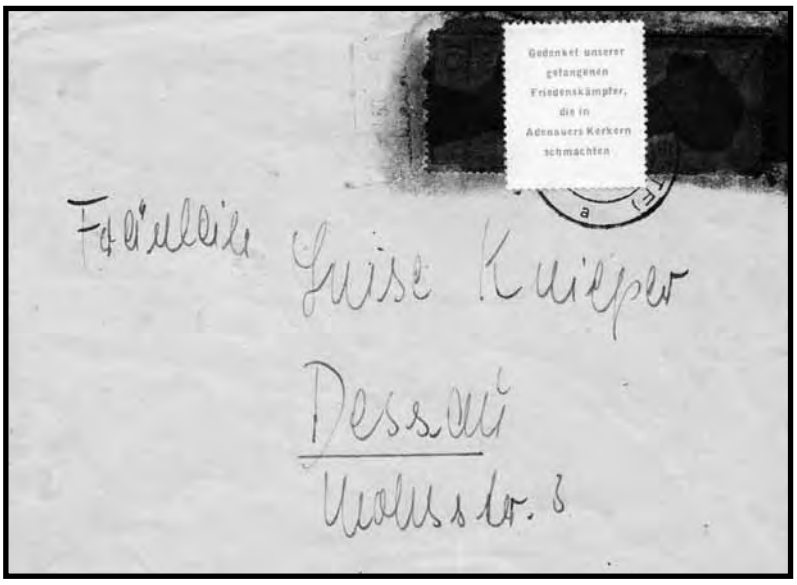


Abb. 4

(Das Thema des Artikels ist inhaltlicher Bestandteil der Dokumentation „Verschworen. Verraten. Verfolgt. Unangepaßtheit, Widerstand und Kollaboration in der Stalin-Ära Berlin-Brandenburgs" vom gleichen Autor; Besprechung s. Nr. 4/2011, S. 18)

# Erschossen nach dem Mauerbau

## Kurt Lichtenstein starb am 12. Oktober 1961

Ausgerechnet die alte SED-Zeitung Neues Deutschland, die als DDR-Relikt noch immer, nunmehr im 66. Jahrgang, in Berlin erscheint, hat am 12. Oktober unter dem Titel „Die Urne kam per Post" eines Mannes gedacht, der vor einem halben Jahrhundert an der innerdeutschen Grenze von Soldaten der „Nationalen Volksarmee" erschossen wurde. Kurt Lichtenstein wurde am 1. Dezember 1911 in Berlin als Sohn jüdischer Eltern geboren, wirkte nach 1945 als führender KPD-Funktionär im Ruhrgebiet, wurde aber 1953 wegen „parteifeindlicher Tätigkeit" ausgeschlossen und als Chefredakteur der Neuen Volkszeitung entlassen. Fünf Jahre später fand er eine Anstellung als Reporter bei der sozialdemokratisch orientierten Westfälischen Rundschau in Dortmund und bereiste im Herbst 1961, acht Wochen nach dem Mauerbau in Berlin, das Zonenrandgebiet, um die Stimmung der Bevölkerung zu erkunden.

Er war in Lübeck aufgebrochen und hatte am dritten Tag das Grenzdorf Zicherie in Niedersachsen erreicht. Von dort überschritt er, leichtsinnig und ohne die Folgen zu bedenken, den flachen Grenzgraben und den zehn Meter breiten Kontrollstreifen, um mit DDR-Landarbeitern zu sprechen. Als ihn zwei Grenzsoldaten, die in einem Waldstück lagen, anriefen, blieb er stehen und wollte ins Bundesgebiet zurücklaufen, wurde aber mit Maschinenpistolen niedergeschossen. Da am Tag zuvor ein LPG-Bauer an dieser Stelle hatte fliehen können, bekamen die beiden Soldaten strikte Anweisung, keine Grenzverletzung mehr zuzulassen. Der angeschossene Reporter, der langsam verblutete, wurde auf DDR-Gebiet zurückgeschleift und zunächst liegengelassen. Als er nach einer Stunde ins Krankenhaus der Kreisstadt Klötze im DDR-Bezirk Magdeburg eingeliefert worden war, starb er. Sein Körper wurde, ohne daß die Angehörigen ihre Einwilligung dazu gegeben hätten, eingeäschert, seiner Witwe wurde die Urne auf dem Postweg zugestellt. Er war der erste, der zwischen 1961 und 1989 an der innerdeutschen Grenze erschossen wurde.

Kurt Lichtensteins gewaltsamer Tod hatte aber noch einen anderen Aspekt, der der Öffentlichkeit bisher verborgen geblieben ist. Der Ermordete war schon vor 1933 aktiver Kommunist, wurde jedoch nach dem Zweiten Weltkrieg abtrünnig und galt als „Renegat", der zu den Sozialdemokraten übergelaufen war. Von dort aus bekämpfte er nun den Stalinismus, den er am eigenen Leib erfahren hatte. 1961 kam das Gerücht auf, er wäre gezielt von seinen einstigen Genossen, die „Renegaten" und „Verräter" mit besonderer Härte verfolgten, liquidiert worden. Schließlich hatte Kurt Lichtenstein nach 1933 im Moskauer Exil gelebt, war von dort 1934 im Parteiauftrag ins noch autonome Saargebiet entsandt worden und 1935 nach Frankreich geflohen. Am Spanischen Bürgerkrieg 1936/39 hatte er als Politkommissar teilgenommen, konnte dann aus einem französischen Internierungslager fliehen und war in den Widerstand gegangen. Im April 1944 wurde er schließlich von Toulouse zur „illegalen Arbeit" nach Deutschland geschickt, getarnt als Fremdarbeiter Jules Bardier. Nach Kriegsende saß er 1947/50 als KPD-Abgeordneter im Düsseldorfer Landtag. Im Neuen Deutschland vom 12. Oktober 2011 stand zu lesen: „Bis dahin ein kommunistischer Kämpfer wie aus dem Bilderbuch."

Wäre Kurt Lichtenstein nach 1950 in die DDR gefahren, man hätte ihn unweigerlich verhaftet! Ohnehin wurde ihm vorgeworfen, Gefolgsmann seines Genossen, des KPD-Bundestagsabgeordneten Kurt Müller, gewesen zu sein. Der war nämlich im März 1950 unter einem Vorwand nach Ostberlin gelockt, dort verhaftet und zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden. Die Begründung lautete, „laufend Verbindung zum Geheimdienst einer ausländischen Macht" unterhalten zu haben – Beweise gab es keine. Erst 1955, als Bundeskanzler Konrad Adenauer sich in Moskau für die Freilassung der letzten deutschen Kriegsgefangenen einsetzte, wurde auch er „begnadigt". Kurt Lichtensteins entledigte man sich auf andere Weise.

Heute gibt es bei Zicherie eine Gedenkstätte für den Erschossenen, über dessen Grenzreise das Ostberliner Ministerium für Staatssicherheit offensichtlich informiert war, und der Heimatverein Brome-Zicherie veröffentlichte das Buch „Kurt Lichtenstein: †12.10.61 – Tragischer Tod eines Grenzgängers" von Jens Winter. Die beiden Todesschützen wurden 1997 angeklagt und freigesprochen.

Jörg Bernhard Bilke

# Von Eckregelsätzen zu Bedarfsstufen

## Teil 2 – Erhöhung der Einkommensgrenzen bei Ausgleichsleistungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz

Mit Einführung der Regelbedarfsstufen ändert sich auch die Höhe des für die Einkommensgrenzen maßgeblichen Grundbetrages für die Zahlung von Ausgleichsleistungen nach dem BerRehaG. Nach uns vorliegenden Informationen gibt es noch immer eine große Diskrepanz zwischen der Anzahl der Anträge auf strafrechtliche und auf berufliche Rehabilitierung. Deshalb ergeht noch einmal der Hinweis an all jene mit einem politischen Hafthintergrund, auch die berufliche Reha zu beantragen, die in der Regel zumindest für die Dauer der politischen Haft gewährt wird. Das heißt u.a., daß die Haftzeit bei der Rentenberechnung nicht nur als Ersatzzeit zu Buche steht. Des weiteren erfolgt unter bestimmten Voraussetzungen – ausschließlich auf Antrag – auch die Gewährung o.g. Ausgleichsleistungen. Die in der Reha-Bescheinigung festgestellte Verfolgungszeit muß mindestens bis zum 2. Oktober 1990 angehalten, oder aber endet sie früher, mindestens drei Jahre betragen haben.

Berechtigte mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland erhalten monatliche Ausgleichsleistungen in Höhe von bis zu 184 Euro, Rentner bis zu 123 Euro. Ob und in welcher Höhe diese gezahlt werden, ist abhängig vom monatlichen Nettoeinkommen des Betroffenen bzw. der Familie. Die Einkommensgrenze errechnet sich aus einem Grundbetrag, zu dem noch die tatsächlichen Kosten der Unterkunft, z.B. Miete und Heizkosten, einzurechnen sind. Als Grundbetrag für den ehemaligen Verfolgten selbst ist von der zweifachen Regelbedarfsstufe 1 nach SGB in Höhe von 728 Euro, für seinen nicht dauernd getrennt lebenden Ehegatten u.ä. von 80 Prozent von Hundert, damit von 582 Euro, und für jedes minderjährige zum Haushalt gehörende Kind von 50 Prozent von Hundert, also von 364 Euro auszugehen (Stand April 2011). Übersteigt das Einkommen die maßgebliche Grenze um einen Betrag, der geringer ist als die Ausgleichsleistungen, werden jene in Höhe des Differenzbetrages gewährt. Entsprechende Anträge sind bei den örtlichen Trägern der Sozialhilfe zu stellen, und zwar möglichst rasch, um finanzielle Verluste zu vermeiden. Das Gesetz sieht grundsätzlich keine rückwirkende Gewährung vor. Ausgleichsleistungen werden monatlich im Voraus, beginnend mit dem auf die Antragstellung folgenden Monat, gezahlt. Auch wenn die Anträge auf Gewährung genannter Leistungen in der Regel bei den zuständigen Sozialämtern zu stellen sind, handelt es sich dabei nicht um Sozialhilfe, auch wenn teilweise derartige Antragsformulare verwendet werden müssen. Deshalb sind auch nur Angaben zur Höhe des Einkommens notwendig. Eine Offenlegung des Vermögens kann ebenso wenig verlangt werden, wie die lückenlose Vorlage von Kontoauszügen. Anzugeben als Einkommen sind lediglich alle Einkünfte in Geld oder Geldeswert, einschließlich der Zinsen für Sparguthaben u.ä. Nicht zum Einkommen im Sinne des Gesetzes gehört u.a. die Grundrente für haftbedingte Gesundheitsschäden nach dem Bundesversorgungsgesetz, ebenso wie die Opferrente. Ausgleichsleistungen dürfen auch nicht bei anderen Sozialleistungen, deren Gewährung vom Einkommen abhängig ist, als Einkommen gewertet werden.

Die im Einzelfall von den Sozialämtern ermittelten Einkommensgrenzen sind genau zu prüfen. Bei Nichtgewährung der Ausgleichsleistungen bzw. bei Gewährung eines Differenzbetrages bitte beraten lassen unter Tel. (030) 55 49 63 34.

Elke Weise, Juristin
BSV-Förderverein

## Letzte Gelegenheit

Zum Jahresende 2011 läuft die Sonderaufbewahrungsfrist für Lohnunterlagen nach § 28 ff. SGB IV ab. Vermutlich wird es auch keine Verlängerung der Fristen geben, weil die Aufbewahrung viel Geld kostet und unternehmensmäßig betrieben wird. Für beruflich Verfolgte können diese Unterlagen im Zweifel wichtig sein. Besonders für die Rehabilitierungsbehörden sind sie mitunter das einzige Indiz, wenn die Betroffenen selbst über keine entsprechenden Unterlagen verfügen, um nachzuweisen, daß eine politische Verfolgung vorlag (z.B. daß sie früher Gehaltsverluste hinnehmen mußten). Auch bei der Rentenberechnung können diese Unterlagen eine entscheidende Rolle spielen, wenn z.B. im Zusammenhang mit der politischen Verfolgung die entsprechenden Nachweise abhanden gekommen sind; ebenso, wenn in einem Betrieb gearbeitet wurde, der von der Treuhand verkauft und in eine andere Firma übergegangen ist; letztlich auch, um nachzuweisen, daß zu bestimmten Zeiten überhaupt irgendwo gearbeitet wurde usw.

Um Renteneinbußen vorzubeugen ist angeraten, sofort eine Kontenklärung beim zuständigen Rententräger vorzunehmen. Im Zuge dieser kann durch den Rententräger kostenlos eventuell noch Licht ins Dunkel gebracht werden, weil er verpflichtet ist, entsprechende Auskünfte bei den beauftragten Unternehmen einzuholen. Ist die Frist abgelaufen, geht nichts mehr.

E. Weise

## Novelle

### Die wichtigsten Änderungen des Stasi-Unterlagen-Gesetzes im Überblick

(Vorbehaltlich der Zustimmung des Bundesrats)

- Der überprüfbare Personenkreis wird erweitert auf
  - Beschäftigte des öffentlichen Dienstes ab Gehaltsstufe A 9
  - Beschäftigte mit entsprechender Vergütung und leitender Funktion in mehrheitlich öffentlichen Unternehmen
  - Ehrenamtliche Bürgermeister
  - Bewerber um Wahlämter
  - Haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter und Gremienmitglieder von Aufarbeitungsinstitutionen
- Verlängerung der Überprüfungsfristen bis 31.12.2019
- Eine Beschäftigung von ehemaligen Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes bei der BStU ist unzulässig.

Florian Kresse

# Zwangsausgesiedelte als Opfer von Mauer und deutscher Teilung

## Kongreß der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG am 24. September 2011 in Berlin

(st)Wenige Tage vor dem 50. Jahrestag der zweiten Welle von Zwangsaussiedlungen aus DDR-Gebiet an der innerdeutschen Grenze hatte die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft zu einem Kongreß mit Experten und Zeitzeugen eingeladen. Zum Auftakt gab Publizistin Inge Bennewitz zunächst einen Überblick über die beiden großen Aktionen 1952 und 1961. Daß Zwangsaussiedlungen keine Aussiedlungsmaßnahmen zur Räumung des Grenzstreifens waren, zeige bereits der Anteil der vertriebenen Bevölkerung von nur 3,4 Prozent. Es habe sich vielmehr um – aus Sicht des Staates – „unzuverlässige Personen" gehandelt. 1952 fürchteten die überfallartig auf Transporte geschickten Bewohner häufig, man bringe sie nach Sibirien. In manchen Orten kam es zum Widerstand der Bevölkerung, der mit sowjetischen Panzern erstickt wurde. 1961, diesmal traf es auch die Familie der Referentin, hatten die zuständigen DDR-Stellen einen minutiösen Plan entwickelt. Es kam zwar zu passivem Widerstand und Selbstmordversuchen, doch aktiver Widerstand wurde durch das Aufgebot von MfS und Polizei unterbunden. Die Staatssicherheit wertete ihre „logistische Meisterleistung" noch jahrelang aus. Insgesamt waren von den beiden Aktionen ca. 12 000 Menschen betroffen. Im zweiten Teil ihrer Ausführungen ging Inge Bennewitz auf die psychischen Folgen für die Betroffenen ein. Studien hätten ergeben, daß diese den seelischen Schäden von Zersetzungsopfern entsprächen, zumal Zwangsausgesiedelte mehrfach Opfer von Zersetzung gewesen seien. Die Untersuchungen hätten auch gezeigt, daß beide Gruppen ebenso häufig wie Haftopfer erkrankten. Zur Bewältigung der traumatischen Erlebnisse seien die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen entscheidend. Diese bestünden jedoch u.a. darin, daß die Verantwortlichen nie zur Rechenschaft gezogen worden seien und die Regelungen zur Wiedergutmachung erhebliche Defizite aufwiesen. Auch sei kaum in der Öffentlichkeit bekannt, welcher Unterschied zwischen allgemeinen Gebietsräumungen und den ausgewählten Zwangsaussiedlungen aus politischen Gründen bestehe.

Die Frage, ob Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze Deportationen gewesen seien, beantwortete Rechtsanwältin Brigitta Kögler schon zu Beginn ihrer Ausführungen mit einem klaren Ja. 1952 und auch noch 1961 habe die Verfassung der DDR von 1949 gegolten, deren Artikel 8 Freizügigkeit garantierte. Dennoch seien die Menschen mit staatlichem Zwang umgesiedelt worden. Kögler erläuterte den Befehl Nr. 35/61 des DDR-Innenministers zur Aussiedlung von Personen in der Nähe der Grenze, der als „Geheime Verschlußsache" eingestuft gewesen sei. Dort heiße es u.a., daß die „Ausweisung mündlich zu erteilen" sei, was den Nachweis erschwere. In der strafrechtlichen Aufarbeitung habe der Bundesgerichtshof die „damalige Rechtspraxis" mit einbezogen. In den Mauerschützenprozessen sei man davon abgewichen wegen der unerträglichen Verletzung der Menschenrechte. Dies hätte auch, so Kögler, für die Zwangsaussiedlungen gelten müssen, denn es seien Deportationen zu Friedenszeiten gewesen. Einstellungsbescheide gegen Täter ließen die Begründung vermissen, weshalb diese Aktionen unter der „unerträglichen Schwelle" lägen. Die Anwältin kritisierte, Deportationen seien überall anerkannt, nur eben diese Zwangsaussiedlungen nicht.

Als Gast des Kongresses war auch der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn, gekommen, und er richtete das Wort an die Teilnehmer. Von dem Thema fühle er sich besonders angesprochen, denn er sei, wenn auch auf andere Weise, ebenfalls von der DDR zwangsausgesiedelt worden. 1983 hatte man Jahn, nachdem er bereits in Haft gewesen war, gegen seinen Willen mit Handschellen in einen Zug Richtung Westen geworfen und die Abteiltür verriegelt. Angekommen im Westen, sei dies für ihn „nur eine halbe Freiheit" gewesen, „es war nicht selbstbestimmt". Der Staat hätte sich angemaßt, Menschen einfach aus ihrem Leben herauszureißen. Im Zusammenhang mit der Novelle des Stasi-Unterlagen-Gesetzes habe ein Parlamentarier im Bundestag gesagt, die Zeit heile alle Wunden. Das aber sei bei den Zwangsausgesiedelten z.B. nicht der Fall. Er vermisse in der Politik, daß auf die Menschen eingegangen werde, der Rechtsstaat sei für die Menschen da. Noch einmal betonte der Behördenchef, es wäre ein falsches Symbol, daß ehemalige Stasi-Leute in einer Aufarbeitungsinstitution angestellt seien. „Die Opfer sollen stolz und selbstbewußt zum Aktenlesen kommen."

Inge Bennewitz belegte ihre Ausführungen mit vielen historischen Dokumenten.

Die Berichte der Zeitzeugen bestätigten viele Feststellungen der Experten. Ernst-Otto Schönemanns Familie wurde 1961 ausgesiedelt. Man sagte ihnen: „Sie haben zu ihrem eigenen Schutz umzuziehen!" Erst bei der Abfahrt hätten sie erfahren, in welchen Ort sie transportiert würden. Die Entwurzelung sei so

Fotos: N. Radlitz

Jörg Hildebrandt – erlebte die Zwangsräumung in der Bernauer Straße.

schmerzhaft gewesen, daß Vater und Mutter sie nie überwunden hätten. In den Ankunftsorten seien über die Ausgesiedelten schon vor ihrem Eintreffen Verleumdungen in Umlauf gesetzt worden. Noch nach 1989 hätten Alt-Funktionäre erzählt, daß die Betroffenen doch „Dreck am Stecken" gehabt haben müßten. Diese Ereignisse, so Schönemann, seien es wert, daß endlich eine breite Öffentlichkeit davon erführe.

Während die meisten Betroffenen von 1961 am 3. Oktober ausgesiedelt wurden, widerfuhr Uwe Scholz und seiner alleinstehenden Mutter dies schon am 29. August. Beide wohnten in Hohen Neuendorf unmittelbar an der Grenze zu Fronau. In einem anderen Ort wies man ihnen eine „richtig verkommene Bauernkate" zu, mit einem Raum von fünf mal vier Metern. Am nächsten Tag habe der Abschnittsbevollmächtigte zu ihm gesagt: „Sie sind also diese arbeitsscheuen Elemente, die man uns geschickt hat." Scholz bekam Arbeitsplatzbindung, bei Zuwiderhandlung wurde ihm Arbeitslager angedroht. Am 29. August 2011 hat Uwe Scholz in Hohen Neuendorf Zettel angebracht, auf denen er an die Ereignisse vor 50 Jahren erinnerte.

Jörg Hildebrandts Vater war der letzte Pfarrer der Versöhnungskirche an der Bernauer Straße. Die Familie lebte auf Grund des Mauerbaus in einem Grenzhaus mit je einer Hälfte im Osten und im Westen Berlins. Nach dramatischen Wochen wurden auch sie ausgesiedelt. Hildebrandt las authentische Beschreibungen dieser Zeit aus dem Tagebuch seiner späteren Ehefrau Regine Hildebrandt vor. Er resümierte, die DDR sei nicht einen Tag ein demokratisch legitimierter Rechtsstaat gewesen und ihm wäre unerklärlich, wie das aus dem Gedächtnis geraten könne.

An die speziellen Umstände der Zwangsaussiedlungen und -räumungen 1961 in Berlin knüpfte Dr. Gerhard Sälter an. Der Leiter des Arbeitsbereiches Forschung und Dokumentation in der Gedenkstätte Berliner Mauer konzentrierte sich dabei besonders auf die Bernauer Straße. Von den Zwangsaussiedlungen in Berlin seien im Gegensatz zu jenen an der innerdeutschen Grenze nicht nur politisch Verdächtige betroffen gewesen, sondern alle, die in Grenzhäusern zwischen Ost und West wohnten. Diese Umgesiedelten wären später meist auch nicht weiter überwacht worden. Sälter schilderte anschaulich die Lebensverhältnisse in der Zeit zwischen Mauerbau und Aussiedlung. Aufgänge und Treppen seien von Volkspolizei und Kampfgruppen besetzt gewesen, die Bewohner lebten faktisch im Kriegsgebiet. Besonders fürchtete die DDR-Führung die medial weltweit verbreiteten spektakulären Fluchten aus den Grenzhäusern. Die Räumung der betroffenen Wohngebäude sei in drei Wellen erfolgt, zwischen ca. 21. August und Anfang November 1961. Der Osten habe die Maßnahmen als menschliche Geste gegenüber den Grenzbewohnern dargestellt, die in ruhigere Gegenden umgesiedelt würden, damit Lautsprecherwagen und westliche „Rowdies" sie nicht mehr belästigten.

(Es ist vorgesehen, die Beiträge des Kongresses wieder als Broschüre der UOKG zu veröffentlichen.)

# Süddeutscher Freundeskreis „Hoheneckerinnen"

Schon zum vierten Mal fand am 24. September 2011 ein regionales Treffen ehemaliger Hoheneckerinnen in Süddeutschland statt. Angeregt von der Teilnahme am Jahrestreffen des Frauenkreises der ehemaligen Hoheneckerinnen 2009 in Stollberg, ergriffen einige Mitglieder die Initiative, zwischen den Jahrestreffen zu einem regionalen Treffen ehemaliger Hoheneckerinnen für die Gegenden südlich des Mains und Westbayerns einzuladen. Das erste Treffen fand im vergangenen Jahr in Stuttgart statt. Seither findet – in unregelmäßigen Abständen eine Runde von etwa fünfzehn bis zwanzig Frauen zusammen. Eingeladen sind Hoheneckerinnen, die wir in unserer Gegend noch kennen, mit denen wir über die Jahre und Jahrzehnte hinweg in Kontakt geblieben sind oder mit denen wir in der Zwischenzeit auch neu, meist zufällig, in unserem Lebensbereich in Kontakt kamen. Frauen aus allen Zeitperioden von 1950 bis 1989, die in Hoheneck leiden mußten, sind dabei.

Foto: Claus Kurth

Der Süddeutsche Freundeskreis „Hoheneckerinnen" mit Gästen.

Bisher trafen wir uns in Stuttgart auf der Königsstraße. Diesmal waren wir auf Anregung unserer Freundin Gisela Lotz im DDR-Museum in Pforzheim zu Gast. Gisela ist dort schon seit Jahren ehrenamtlich tätig. Klaus Knabe hat dieses Museum, das er leitet, mit viel persönlicher Leidenschaft eingerichtet. Er begrüßte uns herzlich und stellte uns das ganze Haus selbst vor. Diese Privatsammlung mit zahlreichen Exponaten und Dokumenten zeigt ganz besonders das breite Spektrum an Repression und Unfreiheit in anschaulichen Beispielen – genau wie auch wir den Osten und die DDR ja in vielfacher Weise erlebt haben.

Das Treffen hatte damit einen alle interessierenden Inhalt und bot gleichzeitig viel Platz für intensive persönliche Gespräche und nicht zuletzt bei einigen jedes Mal wieder neu die Freude, sich hier einmal wiederzusehen nach vielen Jahren. Als Gäste begrüßten wir zwei weitere Frauen in unserer Runde, eine Münchner Studentin, die ihre Facharbeit zum Thema Hoheneck mitbrachte (s.S. 13) sowie eine Ludwigshafener Lehrerin, die für 12. Klassen ein Unterrichtsprojekt für das kommende Jahr in Zusammenarbeit mit Zeitzeuginnen über den Unrechtsstaat DDR am Beispiel der Hoheneckerinnen vorbereitet. Im Wechsel mit den vielen Informationen aus der Runde, mit den freundlichen und interessanten Gesprächen, lasen Petra Koch und Manuela Polaszcyk dann Texte aus ihren Büchern für uns, die die Zuhörerinnen noch einmal in die Hohenecker Zeit versetzten – im Spiegel des geschilderten Schicksals der Autorinnen. Es war ein schöner, anregender und interessanter Tag. Auch diesmal waren wieder neue Teilnehmerinnen dabei.

Das nächste Treffen ist in Vorbereitung und wir freuen uns darauf. Interessentinnen aus dem Leserkreis des Stacheldrahts sind herzlich willkommen und können sich gern melden bei: Konstanze Helber, Erasmusstraße 26, 72108 Rottenburg/Neckar, Tel. (074 72) 77 45, E-Mail Helber54@aol.com.

Konstanze Helber

# Damit sie nicht vergessen sind

## Von Sowjetischen Militärtribunalen verurteilt – gestorben in Hoheneck

Anfang der 90er Jahre begann auf Initiative von Benno Prieß und Heinz Lorenz vom Waldheimer Kameradschaftskreis die Nachforschung nach dem Verbleib der in Waldheim verstorbenen und hingerichteten Häftlinge mit dem Ziel, würdig gestaltete Gedenkstätten zu schaffen. (In dem Buch „Unschuldig in den Todeslagern des NKWD" von Benno Prieß kann man viel über das Leben und Sterben in Torgau, Bautzen, Sachsenhausen und Waldheim nachlesen, ebenso in der Publikation von Hans Engelke: „Erinnerungen. 7 1/2 Jahre in den Todeslagern stalinistischer und kommunistischer Gewalt 1947-1954".)

Am 30.04.1991 wurde nach Gesprächen mit dem Bürgermeister der Stadt in Döbeln auf dem Krematoriumsfriedhof ein Gedenkstein gesetzt mit dem Text: „Gut ist, Leben zu erhalten, bös ist, Leben zu vernichten" (Albert Schweitzer). Die Kosten dafür wurden aus Geldspenden der Stadt Unna/Westfalen (Partnerstadt von Döbeln), von Döbelner Geschäftsleuten und der VOS beglichen. Anläßlich der Einweihung der Gedenkstätte fand ein ökumenischer Gottesdienst statt. Etwa 200 ehemalige politische Häftlinge und namhafte Politiker nahmen daran teil.

2003 kam in Döbeln eine weitere Platte hinzu. Sie trägt die von den ehemaligen Häftlingen ausgewählte Inschrift „Den unschuldigen Opfern der stalinistisch-kommunistischen Gewaltherrschaft im Zuchthaus Waldheim 1950-1954". Am 02.10.1993 wurden vormittags ein Gedenkstein in Waldheim auf dem früheren Beamtenfriedhof (mit gleichem Text wie auf der Tafel in Döbeln) und nachmittags ein Gedenkstein in Chemnitz gesetzt. Heinz Lorenz hielt auf beiden Veranstaltungen die Gedenkrede. Helga Prieß fand die passende Inschrift für den Stein in Chemnitz: „Das Recht des Stärkeren ist das stärkste Unrecht (Marie von Ebner-Eschenbach).

Leider fehlt bis heute eine Tafel mit dem Hinweis, welche Opfer hier bestattet wurden. Maria Stein, Margot und Wolfgang Jann haben in mühevoller Kleinarbeit die Daten der Verstorbenen aus Sterbebüchern des Krematoriums Chemnitz herausgesucht und Listen der Verstorbenen aus Hoheneck erstellt – für die Angehörigen ein unschätzbarer Dienst! Viele der von Sowjetischen Militärtribunalen 1945 Verurteilten sind nicht mehr am Leben, und wir sollten ihrer gedenken, damit sie und ihr Schicksal nicht in Vergessenheit geraten, nicht zuletzt für die jüngeren Generationen als Mahnung, damit sich so etwas nicht wiederholt.

1950 wurden nach der Übergabe durch die Sowjets an die Deutsche Volkspolizei 10 513 von Sowjetischen Militärtribunalen (SMT) verurteilte Frauen und Männer auf die Gefängnisse Torgau, Bautzen, Lugau, Waldheim, Untermaßfeld und Hoheneck verteilt. Auch 3432 internierte Frauen und Männer (sie saßen seit 1945 ohne Urteil in sowjetischen Speziallagern wie Buchenwald, Bautzen und Sachsenhausen) wurden erst 1950 von der deutschen Justiz in Waldheim verurteilt, 32 Personen zum Tode, davon 24 hingerichtet am 4.11.1950. Die anderen erhielten langjährige Freiheitsstrafen.

Nach Auflösung der Lager im Frühjahr 1950 wurden mehr als 1100 Frauen – mit etwa 30 Säuglingen und Kleinkindern, etliche der Frauen schwanger und hochschwanger – von den Russen zur weiteren Strafverbüßung an die DDR-Justiz nach Stollberg übergeben. Sie hatten die Speziallager, dann den Transport nach Stollberg und Waldheim überlebt, und weil sie den Drangsalierungen der Sowjets entronnen waren, glaubten sie nun, bei den Deutschen ihre Unschuld beweisen zu können. Diese Hoffnung zerrann und Ungewißheit machte sich innerlich breit. Äußerst schlechte Lebensbedingungen, der ständige Hunger (dennoch hielten die politischen Häftlinge zusammen und traten 1953 in Stollberg/Hoheneck in einen dreitägigen Hungerstreik) und die schwindenden körperlichen Widerstandskräfte gegen Krankheiten sowie die ungenügende ärztliche Versorgung waren Ursachen für sehr viele tödlich verlaufende Krankheiten. Vom Krankenrevier in Hoheneck verbrachte man die Verstorbenen in Holzsärgen zur Einäscherung in die Krematorien Chemnitz und Döbeln. Die Angehörigen der Verstorbenen wurden durch Zustellung der Sterbeurkunde informiert, über den Verbleib der Toten hingegen nicht. Todesursachen waren vornehmlich Tbc sowie Herz- und Kreislaufversagen – laut Vermerk auf den bis auf Datum und Unterschrift vorgefertigten Totenscheinen.

Zwei Fälle seien hier hervorgehoben. Jutta Erbstösser war zu 25 Jahren Haft verurteilt worden. 1952 erhielt sie von draußen einen Kassiber. Das wurde verraten. Sie schluckte den Kassiber und verriet nichts. Dafür kam sie in Arrest. Man drohte, ihre Eltern zu verhaften. Das konnte sie nicht ertragen und erhängte sich. Ihren Eltern wurde der Leichnam mit der Begründung verwehrt, die Tochter sei zu 25 Jahren verurteilt und diese Zeit sei noch nicht um. Eine unbekannte Mitgefangene schrieb ihr folgendes Gedicht:

### Auf Juttas Tod (Selbstmord 11.02.1952)

*Es ist schon lange, lange her…*
*Du warst so grenzenlos allein.*
*Die Not war so unsagbar schwer*
*Und sinnlos schien das Sein.*

*Du warst zum Sterben gern bereit,*
*sahst still gelassen in dein Grab*
*und wie ein unbrauchbares Kleid*
*fiel unsre Liebe von Dir ab.*

*Denn hoch bis zu den Sternen*
*Reicht das Leid, das du durchlitten.*
*Der Kampf ist ausgestritten.*
*Die Erde sei Dir leicht.*

Chemnitzer Gedenkstein: „Das Recht des Stärkeren ist das stärkste Unrecht (Marie von Ebner-Eschenbach) – Den Opfern der stalinistischen Gewaltherrschaft von Waldheim und Hoheneck 1950-1956."

Ein zweites Beispiel aus Hoheneck für den menschenverachtenden Charakter dieses Unrechtsstaates ist Edeltraud Eckert. Sie wurde 1950 zu 25 Jahren verurteilt, von Waldheim kam sie im März 1954 nach Hoheneck in die Schneiderei. Am 24.1.1955 erlitt sie beim Bücken nach einer Spindel eine schwere Kopfverletzung, fachgerechte Behandlung erhielt sie erst mehrere Tage später. Sie wurde dann nach Meusdorf verlegt, mehrfach operiert, Infektionen führten zum Wundstarrkrampf. Man äscherte sie ein, und die Urne wurde von Behörden in einem geheimgehaltenen Massengrab beigesetzt.

Trotz Überlebenswillens und der Solidarität der Häftlinge untereinander war es vielen nicht vergönnt, die Haftanstalt lebend zu verlassen. Die Einäscherungen erfolgten laut Angaben in den Einäscherungsbüchern der Krematorien anonym in Chemnitz und Döbeln. Manche Urnen kamen jeweils nach Waldheim und Stollberg zurück, wo sie auf dem Dachboden lagerten. Jahre später wurden dann die Urnen von 448 Toten aus Waldheim und Hoheneck auf dem Krematoriumsfriedhof in einem anonymen Massengrab beigesetzt. Nach Auskunft des Friedhofs- und Bestattungsbetriebes der Stadt Chemnitz existiert ein Protokoll der Haftanstalt Waldheim, in dem die Übergabe der Urnen von verstorbenen Häftlingen aus Waldheim und Stollberg dokumentiert ist.

1957 sind im Grabfeld U 18 des Chemnitzer Friedhofes 136 Urnen anonym vergraben worden, darunter die Urnen von 32 Frauen und drei Kindern aus der Frauenhaftanstalt Hoheneck, die dort auf dem Dachboden gefunden wurden. Eine Idee des Vorstandes des Frauenkreises der ehemaligen Hoheneckerinnen fand Gehör, und so wird dieses Urnengrab U 18 in absehbarer Zeit auf der Homepage des Friedhofs- und Bestattungsbetriebes Chemnitz mit einem Foto der Anlage und entsprechender Kennzeichnung im Friedhofsplan zu finden sein. Die Namen der Hoheneckerinnen, deren Urnen in Chemnitz und Döbeln bestattet wurden, dürfen nicht vergessen werden. Vielleicht ist es auch möglich, Todesfälle politisch inhaftierter aus DDR-Haftzeiten (wie 1984 Ursula Kempe) herauszufinden bzw. mitgeteilt zu bekommen, um diese bekannt zu machen und auch ihrer Opfer würdig zu gedenken.

Vom Anfang der 1950er Jahre bis 1989 befanden sich rund 8000 Frauen aus politischen Gründen in der Haftanstalt Hoheneck. Jedes Jahr gedenken wir unserer verstorbenen Kameradinnen am Urnengrab in Chemnitz und gelegentlich auch in Döbeln. Kamerad Eifler legt Kränze zum Totensonntag in Döbeln und Waldheim nieder – dafür vielen Dank! Bedanken möchte ich mich auch bei Heinz Lorenz, Benno Prieß und Margot Jann für Ihre Unterstützung.

Rosel Werl

# Note 1 für Facharbeit über Hoheneck

Die junge Münchnerin Andrea Hornsteiner hat im vergangenen Jahr eine Fernseh-Dokumentation über Hoheneck gesehen. Der Bericht ist ihr sehr nahegegangen. Sie wollte mehr über Hoheneck und die Frauen erfahren und begann zu recherchieren. Das Thema ließ sie nicht mehr los. Sie entschied sich, darüber ihre Abitur-Facharbeit zu schreiben: „Schicksale weiblicher politischer Gefangener in der DDR-Strafvollzugsanstalt Hoheneck". Über die Homepage des Frauenkreises der Hoheneckerinnen fand sie die Familie Kurth und mich und interviewte uns. Dann reiste sie nach Hoheneck, um sich selbst ein Bild von diesem grausamen Ort machen zu können.

Ihre Facharbeit wurde mit „sehr gut" bewertet. Auch die Lehrer waren von der Wahl des Themas und der mündlichen Präsentation sehr berührt und angetan. Ich möchte Andrea für ihr Interesse und Engagement danken. Es ist nicht selbstverständlich, daß ein junger Mensch, der niemals etwas mit der DDR und den dort Lebenden zu tun hatte, sich für diesen Teil der Geschichte interessiert. Es ist schön zu wissen, daß es Ausnahmen gibt. Andrea möchte Journalismus studieren. Vielleicht wird sie dieses Thema während des Studiums und später im Beruf wieder aufgreifen und öffentlich machen. Die Facharbeit ist im Internet zu lesen als kleine Version unter http://www.undsonst.net/Facharbeit_klein.pdf, als große Version mit vielen Fotos von Hoheneck, Dokumenten und Zeitungsartikeln unter http://www.undsonst.net/Facharbeit.pdf.

Eike Christine Radewahn

# Mahnwache

Vertreter der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte, der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft sowie weiterer Verbände haben gemeinsam mit ehemaligen politischen Häftlingen Nordkoreas am 27. Oktober vor der nordkoreanischen Botschaft in Berlin gegen die Mißachtung der Menschenrechte in dem kommunistisch regierten Land protestiert und die sofortige Auflösung des GULags gefordert.

# „Erinnerung als Auftrag" – Taschenkalender 2012 erschienen

Der neue Taschenkalender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur für das Jahr 2012 ist veröffentlicht. Der praktische Kalender begleitet den Leser nicht nur durch die Gegenwart, sondern ist zugleich eine Chronik des Jahres 1972, indem er Tag für Tag auf große und kleine Ereignisse verweist, die dieses Schlüsseljahr der innerdeutschen Beziehungen prägten.

Am 21. Dezember 1972 wurde in Ost-Berlin der „Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik" geschlossen. Die Chronik illustriert die vielen Stationen im Jahresverlauf, an denen wichtige politische Weichenstellungen in der Annäherung der beiden deutschen Staaten erfolgten. Begleitet wurde dieser Prozeß dabei von scharfer ideologischer Abgrenzung seitens des SED-Regimes, das die Annäherung an das demokratische Deutschland auch fürchtete.

Die ersten 50 Leser des „Stacheldrahts", die sich mit Nennung des Stichwortes „Stacheldraht" unter der Telefonnummer (030) 31 98 95-0 bei der Bundesstiftung Aufarbeitung melden, bekommen den Taschenkalender kostenlos zugeschickt. Weitere Exemplare des Taschenkalenders können gegen eine Schutzgebühr von 5 Euro bei der Bundesstiftung Aufarbeitung – Taschenkalender 2012 – Kronenstraße 5, 10117 Berlin bestellt werden.

Information der
Bundesstiftung Aufarbeitung

## IG Lager Mühlberg

Die Initiativgruppe Lager Mühlberg e.V. lädt ein zu ihrer Gedenkveranstaltung am Vortag des Volkstrauertages am Sonnabend, dem **12. November 2011**, 10.00 Uhr, auf dem Kriegsgefangenenfriedhof in Neuburxdorf, anschließend, gegen 10.30 Uhr, an der Gedenkstätte für die Opfer des Speziallagers.

IG Lager Mühlberg

## „Bevor wir uns versöhnen..."

### Über das Verhältnis zwischen Tätern und Opfern des SED-Regimes im Jahr 2011

Zu diesem Thema veranstaltet die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) am Dienstag, dem **15. November 2011**, 19.00 Uhr, eine Podiumsdiskussion mit Landesbischöfin Ilse Junkermann, Stephan Hilsberg, Ulrike Poppe und Rainer Wagner. Ort: Haus der Bundespressekonferenz, Raum 0107, Schiffbauerdamm 40 (Zufahrt über Reinhardtstraße), 10117 Berlin

## IG Ketschendorf

Der Vorstand der Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf lädt ein zu der traditionellen Ehrung der im Lager verstorbenen 4621 Männer, Frauen und Jugendlichen auf dem Waldfriedhof Halbe.

Gedenkfeier und Kranzniederlegung finden am Sonnabend, dem **19. November 2011**, 13.30 Uhr, statt. Dazu fährt um 12.00 Uhr ein Bus (kostenfrei) vom Bahnhof Fürstenwalde/Spree nach Halbe und später auch wieder zurück.

Günter Breschke
Vorstandsmitglied

## „Turbulenzen um die erste russische Reha"

Zu einem Vortrag von Viktor Gorynia mit anschließender Gesprächsrunde im weihnachtlichen Rahmen laden ein der BSV-LV Berlin-Brandenburg und der BSV-Förderverein für Beratungen. Zeit: Donnerstag, **8. Dezember 2011**, 14.00 Uhr. Ort: Ruschestraße 103, Haus 22(!), 10365 Berlin. Um Anmeldung unter Tel. (030) 55 49 63 34 wird gebeten.

Die Vorstände

## Einweihung verschoben

Das Bautzen-Komitee teilt mit, daß die Einweihung der Totentafeln mit den über 3000 Namen der in Bautzen verstorbenen politischen Häftlinge – ursprünglich geplant zum Volkstrauertag 2011 in der Gedenkkapelle Karnickelberg – auf Mai 2012 verlegt wurde.

Bereits jetzt war die Nachfrage so groß, daß wir für die Organisation mehr Zeit benötigen. Mit der Verlegung hoffen wir, nunmehr auch einer größeren Anzahl von Interessierten die Möglichkeit zur Teilnahme an der Veranstaltung zu geben.

Alex Latotzky
Stellv. Vorsitzender

## Herzlichen Glückwunsch!

(St.A.)Die Journalistin Dr. Sibylle Plogstedt hat am 2. Oktober im Rahmen der zentralen Feiern zum Tag der Deutschen Einheit in Bonn für ihr aktuelles Buch „Knastmauke" den Einheitspreis 2011 der Bundeszentrale für politische Bildung erhalten. In langjähriger Arbeit hat die Autorin ehemalige politische Häftlinge der DDR nach ihrem Schicksal befragt. „Mit dem Buch ‚Knastmauke' wird nicht nur ein wichtiger Beitrag zur Aufarbeitung des SED-Regimes ausgezeichnet, es werden auch in besonderer Weise die Schicksale der politisch Verfolgten in der DDR gewürdigt", sagte die Geschäftsführerin der Bundesstiftung Aufarbeitung, Dr. Anna Kaminsky.

In ihrem Buch gibt Sibylle Plogstedt verschiedene Geschichten von Opfern wieder, die ihren Widerstand gegen das Regime teuer bezahlt haben. „Dabei verbindet sie auf besondere Weise ihre eigenen Erfahrungen und politischen Ansichten mit den Lebensschicksalen traumatisierter DDR-Bürger", sagte der Jury-Vorsitzende Joachim Gauck. Die Autorin war nach der Niederschlagung des Prager Frühlings als Westdeutsche 1969 in der Tschechoslowakei verhaftet und rund eineinhalb Jahre inhaftiert worden.

Ein wichtiges Ergebnis ihrer Studie: Noch heute leben viele der ehemaligen politischen Häftlinge in ärmlichen Verhältnissen, weil sie nach 1989 nicht die Kraft hatten, ihre Vorstellungen umzusetzen. Die Armut der Häftlinge, so Plogstedts Fazit, ist eine Folge der Traumata der Haft.

**Leserbriefe**

## Einspruch

*Zum Beitrag „Wildwuchs am Ort der Verbrechen", Nr. 7/2011, S. 10*

Wie es bei Kooperationsveranstaltungen allgemein üblich ist, hatten die Gedenkstätte Sachsenhausen und die Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950 e. V. in Vorgesprächen einvernehmlich ein gemeinsames Programm für die Gedenkveranstaltung zum Jahrestag der Ankunft des ersten Häftlingstransports aus Weesow im Speziallager Nr. 1/Nr. 7 im Kernbereich des ehemaligen KZ Sachsenhausen abgestimmt. Dieses Programm war auch auf der ebenfalls gemeinsam abgestimmten Einladungskarte abgedruckt. Wenn dann ein Partner, wie am 31. Juli bedauerlicherweise geschehen, völlig überraschend eine Art Konkurrenzveranstaltung abhält und gegen den anderen Partner agitiert, ist dies nicht nur für viele Besucher befremdlich, sondern schafft auch eine schwierige Ausgangslage für eine künftige Zusammenarbeit. Zu den nun im „Stacheldraht" erneut vorgetragenen Vorwürfen ist festzustellen:

1. Im kritisierten Faltblatt ist ein Lageplan der heutigen Gedenkstätte abgedruckt, der den Besuchern zur Orientierung dient. Die Schlußfolgerungen, die die Autorinnen daraus hinsichtlich einer unterschiedlichen Gewichtung der Lagerphasen ziehen, sind schlicht abwegig.

2. Das Massengrab mit mehr als 7000 Opfern des sowjetischen Speziallagers konnte Anfang der 1990er Jahre unter maßgeblicher Mitwirkung der Arbeitsgemeinschaft endlich als Friedhof und Gedenkstätte gestaltet werden. Daher ist nicht erkennbar, warum er nicht als solcher bezeichnet werden soll. Die von der Arbeitsgemeinschaft kritisierte Inschrift des Denkmals wurde auf Betreiben des damaligen Vorstandes eben dieser Arbeitsgemeinschaft angebracht.

3. Im Mai 2011 wurde unter großer Beteiligung im Vorfeld des Friedhofes am Kommandantenhof eine würdig gestaltete Anlage ihrer Bestimmung übergeben, wo Angehörige mit Gedenktafeln, die Name und Lebensdaten enthalten, an Opfer des Speziallagers erinnern können. Angehörige machen von diesem Angebot in großer Zahl Gebrauch, so daß das Gedenkareal bereits in Kürze erweitert werden wird.

4. Der östliche Bereich des KZ-Sonderlagers/der Zone II des Speziallagers wird voraussichtlich bis Ende 2011 für die Besucher zugänglich sein und durch Informationstafeln erschlossen.

Dr. Horst Seferens,
Pressesprecher der Stiftung
Brandenburgische Gedenkstätten

## Welches Recht, in wessen Namen?

Alles geht den Bach runter in der Bundesrepublik, die Werte, der Wohlstand, die Staatssouveränität. Und doch feiern sich die Führungseliten, zuletzt anläßlich des 60jährigen Bestehens des Bundesverfassungsgerichts. Doch gibt es Grund für das deutsche Volk, in dessen Namen dort angeblich Recht gesprochen wird, zu erhebenden Gefühlen rechtstaatlicher Geborgenheit und verfassungstreuer Politik?

Hier soll die praktische Anwendung und Durchsetzung der vorrangigen Normen des Grundgesetzes, Art. 1 „die Würde des Menschen" und Art. 3 „Gleichbehandlung", interessieren. Beide Normen werden scheinbar weder vom Bundesverfassungsgericht, noch vom Parlament ernstgenommen. Denn wie soll man sich erklären, daß sowohl der Deutsche Bundestag, als auch das Bundesverfassungsgericht entsprechend begründete Petitionen und Klagen immer wieder ablehnten?

In den 50er bis 80er Jahren betraf dies die Klagen der NS-Zwangsarbeiter auf Entschädigung, sie wurden abgelehnt, von der Politik und von allen bundesdeutschen Gerichten verworfen.

Erst Klagen in den USA beugten diesen Willen bundesdeutscher Politik und Rechtsprechung, durch Bildung einer Stiftung, mit überwiegendem Finanzeinsatz der Bundesrepublik, zur Restituierung dieser Zwangsarbeits-Ansprüche.

Eine analoge Klage von 2003 aus dem Kreis ehemaliger politischer Häftlinge, die neben ihrem Strafurteil auch Haftzwangsarbeit – ohne Gerichtsurteil – leisten mußten, blieb, wie zuvor bei den NS-Zwangsarbeitern, erfolglos. Die Regierenden der Bundesrepublik lehnten diese Forderung nach Wiedergutmachung ebenso ab, wie die mit diesen Klagen befaßten Landes- und Oberlandesgerichte. Dem setzte dann das Bundesverfassungsgericht die Krone auf, als dort die Klage im Jahr 2008 „wegen mangelnder Aussicht auf Erfolg" abgewiesen wurde. Damit waren die nationalen Klagewege ausgeschöpft und der hoffnungsvolle Weg zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Strasbourg stand offen. Dort wurde die sorgfältig begründete und durch zwei Rechtsgutachten gestützte Beschwerde im Jahr 2010 durch Einzel-Richter-Entscheidung abgewiesen (dazu: www.pohlit-verlag.de, Startseite „Aktuell").

Damit ist die Forderung nach Anerkennung und Entschädigung von DDR-Haftzwangsarbeit ehemaliger politischer Gefangener auf dem Rechtsweg gescheitert. Sie muß erneut auf die Tagesordnung der Politik! Wir, die ehemaligen politischen Gefangenen der DDR, sind aufgefordert, die Lösung zu erzwingen, aus Verantwortung gegenüber unserem Schicksal und der historischen Wahrheit. Und: Sind wir denn nicht auch ein Teil des Volkes, in dessen Namen regiert und in Karlsruhe Recht gesprochen werden sollte?

Dr. Jürgen Schmidt-Pohl,
Schwerin

**Suchanzeigen**

## Wer erinnert sich?

Ich arbeite an meiner Biographie des aktiven Widerstandes in der SBZ von 1953 bis 1957. Wer kann mir Auskunft geben über die damalige Richterin Hilde Magira, Vorsitzende des 1. Strafsenats des Bezirksgerichts Frankfurt/Oder, die mich in nichtöffentlicher Verhandlung wegen angeblicher Militärspionage, gemäß Artikel 6 der Verfassung der DDR, zu einer mehrjährigen Zuchthausstrafe verurteilt hat. Wer kann sich erinnern, kennt ihren Werdegang und beruflichen Weg nach 1957?

Auskunft erbeten an Horst Wolkenstein, Steinweg 44, 38100 Braunschweig

## Veranstaltungen

12.11. (Sa), ab 14.00-20.00 Uhr:
**Albanien im Wandel** – vom Sozialismus auf dem Weg in die EU. Internationale Konferenz d. Osteuropa-Zentrums Berlin u.a.; Ort: Berliner Rathaus, Eingang Jüdenstr., Raum 338, 10178 Berlin

13.11. (So), 17.00 Uhr:
**Chorkonzert für Menschenrechte.** Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen anläßl. d. Volkstrauertages; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

14.11. (Mo), 19.00 Uhr:
**Schlagstockeinsatz und Sicherheitspartnerschaft.** Die Volkspolizei während der Friedlichen Revolution im Bezirk Magdeburg. Vortrag; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Magdeburg u.a.; Ort: Städtische Volkshochschule, Leibnizstr. 23, 39104 Magdeburg

14.11. (Mo), 19.00 Uhr:
**„89 Millimeter – Freiheit in der letzten Diktatur Europas".** Dok.-film Weißrußl./Dt.; Veranstaltung d. Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig; Ort: Zeitgeschichtliches Forum, Grimmaische Str. 6, 04109 Leipzig

15.11. (Di), 19.00 Uhr:
**Bevor wir uns versöhnen...** Über das Verhältnis zwischen Tätern und Opfern des SED-Regimes im Jahr 2011. Mit Ilse Junkermann, Ulrike Poppe, Stephan Hilsberg u. Rainer Wagner; Veranstaltung d. UOKG; Ort: Haus d. Bundespressekonferenz, Raum 0107, Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin

15.11. (Di), 19.00 Uhr:
**Ernst Thälmann – Soldat des Proletariats.** Mit Autor Armin Fuhrer; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus/Stalinismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

15.11. (Di), 19.30 Uhr:
**„Im Schatten des GULag – als Deutsche unter Stalin geboren".** Dok.-Filmvorführung u. Podiumsgespräch; Veranstaltung d. Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig u.a.; Ort: Zeitgeschichtliches Forum, Grimmaische Str. 6, 04109 Leipzig

16.11. (Mi), 17.00 Uhr:
**Verfolgungswahn und Wirklichkeit.** Die Junge Gemeinde Jüdewein im Visier der Stasi. Gesprächsabend mit Pfarrer Reiner Wehner; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Gera u.a.; Ort: Jüdeweiner Kirche, Jüdeweiner Straße, 07381 Pößneck

17.11. (Do), 18.00 Uhr:
**Endspiel.** Die Revolution von 1989 in der DDR. Ref. Dr. Ilko-Sascha Kowalczuk, BStU; Veranstaltung d. BStU; Ort: Rathaus Düren, Foyer, Kaiserplatz 2-4, 52349 Düren

# „In welcher DDR haben Sie denn gelebt?"

Diese Frage stellte eine Tagungsteilnehmerin aus Schwerin, ehemalige Pädagogin, nachdem Katrin Behr zum Thema „Zerrissene Familien durch Krieg und Vertreibung" aus ihrem Leben berichtet hatte, das nun in ihrem Buch „Entrissen. Der Tag, als die DDR mir meine Mutter nahm", in eindrücklicher Weise beschrieben ist.

Katrins alleinerziehende Mutter lebte in den 70er Jahren mit ihren beiden Kindern in Gera. Nach einem Sohn bekam sie Katrin mit gerade einmal 20 Jahren, war ohne Schulabschluß, ohne Berufsausbildung. Sie schlug sich durch, so gut sie konnte, mit Hilfsarbeiten im Schichtbetrieb, bemüht, ihren Kindern eine liebevolle Mutter zu sein. Beim schwierigen Start ins Leben blieb sie hängen in diesem sozialistischen „Vorzeigestaat", wo angeblich jedem geholfen wurde. Vor allem wegen „Ideologieunverträglichkeit" fiel sie durch alle Raster. Unbedacht hatte sie auch schon mal in der Öffentlichkeit geäußert, daß sie diesen Staat verlassen wolle. So wurde eines frühen Morgens im Februar 1972 die kleine Familie durch lautes Poltern an der Wohnungstür geweckt. Gleich fünf Männer standen vor der Tür und herrschten die verängstigte Familie an, sich zu beeilen. Vor den Augen der Kinder wurde die Mama beschimpft, abgeführt und in ein Auto gepreßt. Die viereinhalbjährige Katrin und ihr Bruder wurden grob weggerissen und zunächst zur Oma gebracht. Wo die Mama war, wann sie wiederkommen würde, darauf bekamen sie keine Antwort. Einige Tage darauf brachte die Oma sie in ein Kinderheim – und verschwand ebenfalls. Katrin kam später zu einer Pflegefamilie, die in einem dunklen Souterrain wohnte. Das Zusammenleben klappte nicht, und so gab man sie zurück ins Heim. Dort war derweil der Bruder spurlos verschwunden, so daß Katrin sich nun völlig allein fühlte. Kinder einer „Staatsverräterin" wurden hier diskriminiert, denn die Mutter war inzwischen zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden. Eine Kinderärztin bewarb sich als nächstes um Katrin. Doch am Ende entsprach sie nicht den Vorstellungen der angehenden Adoptivmutter und wurde wieder ins Heim „entsorgt", wo sie etwas später noch einmal „eine Chance" bekam, wie ihr erklärt wurde – bei „Mutti", einer strammen Kommunistin, Russischlehrerin und Parteisekretärin, und bei „Vati", einem Handwerker, der sich ehrlich nach seinen Möglichkeiten neben der dominanten Frau um das Kind bemühte. Katrin wollte auf keinen Fall zurück ins Heim und strengte sich mit Fleiß und viel Hausarbeit an, um „Mutti" alles recht zu machen. Nie reichten ihre Bemühungen um ein bißchen Liebe bei der Adoptivmutter. Als dann ein leibliches Kind hinzukam, wurde sie endgültig zum Aschenputtel.

Mit 19 flüchtete sie aus dieser Situation in eine frühe Ehe. Nie vergaß sie ihre Mama und grübelte, warum diese den Bruder und sie nicht wiedergeholt hatte. Wirkliche Zweifel am Staat DDR kamen jedoch erst nach 1989 in ihr auf, als sie vom Schicksal ihrer Mama erfuhr, die man nach dem sogenannten Asozialen-Paragraphen verurteilt hatte, der so dehnbar war, wie einst der berüchtigte § 58 der Sowjets. Als Katrin 2007 beim Jugendamt die Akte der leiblichen Mutter und der Kinder vorgelesen wurde, kam endlich Wut hoch auf diesen Staat, auf dieses menschenverachtende System. Im gleichen Jahr entwickelte sie die Homepage www.zwangsadoptierte-kinder.de und trat damit eine Lawine los, zunächst bei den Medien. Zögerlich meldeten sich dann auch Zwangsadoptierte bei ihr. 2008 gründete sie einen Verein und berät nun Opfer von Kindesentführung und Zwangsadoptionen.

Das Buch hinterläßt Mordswut auf die Täter dieses Staates und tiefes Empfinden mit den Betroffenen, die solchen perfiden, unmenschlichen Machenschaften hilflos ausgesetzt waren und die immer darunter leiden werden. Die Frage: „In welcher DDR haben Sie denn gelebt?", ist umfassend beantwortet.

Sybille Krägel

*Katrin Behr/Peter Hartl: Entrissen. Der Tag, als die DDR mir meine Mutter nahm, Droemer Verlag 2011, 301 S., 16,99 €*

# Zwangsarbeit im Strafvollzug des SED-Staates

Spät, aber nicht zu spät, hat sich Karin Schmidt aus Rostock fast 22 Jahre nach dem Sturz der Diktatur eines Themas von hoher Relevanz für ehemalige politische Häftlinge angenommen. In Ihrer Dissertation an der Universität Trier über die Zwangsarbeit im Strafvollzug der DDR, die kürzlich als Buch erschien, analysiert sie diesen Teil der Zwangsmaßnahmen des sozialistischen Strafvollzugs in beeindruckender Breite, zumal sich der Kreis der anfangs erschienenen Literaturquellen zu diesem Thema deutlich verengt hat. Auch hat bislang keine wissenschaftliche Untersuchung die Unterscheidung zwischen Zwangs- und Haftzwangsarbeit erwähnt. Insofern, konstatiert die Autorin, besteht ein erheblicher Aufarbeitungsbedarf.

In dem seit 1993 geltenden und mehrfach novellierten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz ist der Tatbestand der DDR-(Haft-) Zwangsarbeit ehemaliger politischer Gefangener bis heute nicht berücksichtigt worden, obwohl er bekannt ist und den Normen des Grundgesetzes widerspricht, wonach lt. Art. 12, Ziffer 2 GG Zwangsarbeit untersagt ist. In diesem Zusammenhang wäre für den wissenschaftlich Forschenden sicher auch die Erwähnung der Klage eines Betroffenen (Schmidt-Pohl) zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Sachen Haftzwangsarbeit und deren Ergebnis von Interesse gewesen, was dann doch unterblieb.

Das übersichtlich und gut strukturierte Buch umfaßt einen Zeitraum von 40 Jahren, in denen unzählige Menschen in der DDR zu Unrecht inhaftiert waren. Verstöße gegen grundlegendes Recht und rechtsstaatliche Prinzipien auch auf völkerrechtlicher Ebene kennzeichneten das „Recht" der DDR. In den verschiedenen dazu bereits vorliegenden Quellen wurde jedoch kein Bezug zur Zwangsarbeitsfrage hergestellt. Sie wurde und wird bislang ausgeblendet. Dadurch wird ein weiteres Staatsverbrechen der ehemaligen DDR nicht nur bagatellisiert, sondern en passant legitimiert. Hier greift die Autorin ein und zollt der näheren Bestimmung des Begriffes „Zwangsarbeit" ihre Aufmerksamkeit ebenso, wie der Rolle der Arbeit in der „sozialistischen Gesellschaft" der DDR in Korrelation zum „sozialistischen Grundrecht auf Arbeit", das unter dem Einfluß der Sowjetunion stand. Sie macht deutlich, daß die andauernde Leugnung von Haftzwangsarbeit ehemaliger politischer Gefangener im gesamten Gesetzeswerk des SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes durch den Gesetzgeber nicht nur aus Sicht der Betroffenen eine sich stets reproduzierende Re-Traumatisierung darstellt. Dies bedeutet außerdem einen andauernden materiellen Verlust aus der im DDR-Strafvollzug abgepreßten Zwangsarbeit.

Die zuständigen Stellen der DDR haben sich sehr massiv und akribisch mit dem Arbeitseinsatz im Strafvollzug befaßt, stellt Karin Schmidt fest, und auch, daß nicht jede gegen den Willen einer Person hoheitlich geforderte Tätigkeit eine erzwungene Arbeit im Sinne eines Verstoßes gegen das Gebot der Zwangsarbeit ist. Haben wir es jedoch mit einer Verurteilung durch rechtsstaatswidrige Gesetze zu tun, die ein faires Verfahren und eine rechtmäßige Verurteilung ausschlossen, muß die dem folgende Pflicht zur Arbeit im Strafvollzug der DDR als (Haft-)Zwangsarbeit beurteilt werden. Zwei von vier Parametern, die die Ziele der Zwangsarbeit im NS-Staat kennzeichneten, treffen auch auf die DDR-Haftzwangsarbeit zu: Einsparungen der Staatsfirmen, weil Zwangsarbeiter günstiger als reguläre Arbeiter waren, und die Erhöhung der Staatseinnahmen. Die Vernichtung durch Arbeit war zwar kein erklärtes Ziel, doch unübersehbar groß sind die gesundheitlichen Folgeschäden ehemaliger Haftzwangsarbeiter durch fehlenden Arbeitsschutz, rücksichtslose Akkordarbeit in Verbindung mit einer äußerst mangelhaften Ernährungssituation und völlig unzureichender medizinischer Versorgung.

Das Buch gewinnt zusätzlich an Authentizität durch die empirische Methode der Einbeziehung und Befragung ehemaliger politischer Häftlinge als Zeitzeugen. Für diese außerordentlich wichtige Arbeit, die ein bis dato vergessenes, ja geradezu ausgeblendetes Kapitel der DDR-Repression beleuchtet, gebühren der Autorin Dank und Anerkennung.

Wolfgang Welsch

*Karin Schmidt: Zur Frage der Zwangsarbeit im Strafvollzug der DDR. Die „Pflicht zur Arbeit" im Arbeiter- und Bauernstaat, Bd. 7 d. Reihe „Sklaverei – Knechtschaft – Zwangsarbeit", Georg Olms Verlag Hildesheim 2011, 529 S., 78,- €*

## Veranstaltungen

17.11. (Do), 19.00 Uhr:
Vom SED-Mitglied zum Stasi-Häftling zum Kämpfer gegen die DDR – der Journalist **Lutz Peter Naumann.** Vortrag u. Gespräch mit Prof.Dr. Stefan Appelius; Veranstaltung d. Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 u.a.; Ort: Potsdam Museum, Gedenkstätte, Lindenstr. 54/55, 14467 Potsdam

21.11. (Mo), 19.30 Uhr:
**Briefe von der waffenlosen Front.** Bausoldaten in der DDR. Ausstellungseröffnung d. BStU Außenstelle Erfurt u.a.; Ort: Kleine Synagoge, An der Stadtmünze 5, 99084 Erfurt

22.11. (Di), 19.00 Uhr:
**Das MfS und seine Kreisdienststelle Meiningen.** Vortrag u. Gespräch; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Suhl u.a.; Ort: Volkshochschule, Klostergasse 1, 98617 Meiningen

22.11. (Di), 19.00 Uhr:
**„Weggesperrt".** Buchlesung mit Autorin Grit Poppe u. musikal. Begleitung v. Detlef Jablonski; Veranstaltung d. Beratungsstelle Gegenwind; Ort: Beratungsstelle Gegenwind, Bredowstr. 36, 10551 Berlin

23.11. (Mi), 18.00 Uhr:
**Repressionen und „lustigste Baracke"** – Der Funktionswandel des Terrors im ungarischen Parteistaat. Ref. Krisztian Ungváry, Budapest; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

24.11. (Do), 14.00-20.00 Uhr:
**Besuchertag.** 18.00 Uhr: Die ostdeutsche Volksmeinung. Was MfS-Stimmungsberichte und geheime Meinungsumfragen aus Ost und West verraten. Vortrag v. Dr. Jens Giesecke, ZZF; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Dresden u.a.; Ort: Außenstelle Dresden, Riesaer Str. 7, 01129 Dresden

24.11. (Do), 19.00 Uhr:
**Politisch motivierter Vandalismus im ehemaligen Bezirk Leipzig.** Ref. Sören Zöger, Universität Leipzig; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig u.a.; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

29.11. (Di), 19.00 Uhr:
**Geheimpolizei zwischen Dock und Helling.** Die Stasi und die Werften in der DDR. Vortrag v. Dr. Volker Höffer, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock u.a.; Ort: Volkshochschule, Badstaven 20, 23966 Wismar

29.11. (Di), 19.00 Uhr:
**Sand im Getriebe.** Die Geschichte der Leipziger Oppositionsgruppe um Heinrich Saar 1977-1983. Mit Autorin Uta Franke, ehem. Inhaftierte in Hoheneck; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus/ Stalinismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

29.11. (Di), 19.00 Uhr:
**Tödliche Grenze.** Vortrag u. Gespräch mit Stephan Wolf, BStU, Veranstaltung d. BStU Außenstelle Schwerin u.a.; Ort: Volkhochschule Bremerhaven, Lloydstr. 15, 27568 Bremerhaven

30.11. (Mi), ab 16.30 Uhr:
**Große Multimediashow** zur Chronologie der Ereignisse vom Herbst 1989. Von Alexander Neumann; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig u.a.; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

30.11. (Mi), 18.00 Uhr:
**Stalinismus im Baltikum.** Russische und estnische Perspektiven. Ref. David Feest, Göttingen, Elena Zubkova, Moskau; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

30.11. (Mi), 19.00 Uhr:
**Blicke durch den Stacheldraht...** Die deutsch-deutsche Wahrnehmung nach dem Mauerbau. Mit Hans-Dietrich Genscher, Eva-Maria Hagen, Klaus Schütz u.a.; Veranstaltung d. Berliner LStU u.a.; Ort: European School of Management and Technology (ehem. Staatsratsgebäude), Audimax, Schloßplatz 1, Berlin-Mitte

1.12. (Do), 19.00 Uhr:
**Die Rosenholz-Dateien der Hauptverwaltung Aufklärung.** Vortrag u. Gespräch; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Erfurt u.a.; Ort: Volkshochschule Erfurt, Schottenstr. 7, 99084 Erfurt

1.12. (Do), 19.00 Uhr:
**Die im Dunkeln sieht man nicht.** Schwierigkeiten mit der Namensnennung von Stasi-Tätern. Podiumsdiskussion; Veranstaltung d. BStU; Ort: Bildungszentrum d. BStU, Zimmerstr. 90/91, 10117 Berlin

7.12. (Mi), 19.00 Uhr:
**Zelleninformatoren.** Die Spitzel der Staatssicherheit in der Untersuchungshaft. Vortrag u. Gespräch mit Dr. Tobias Wunschik, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Schwerin u.a.; Ort: Dokumentationszentrum des Landes für die Opfer der Diktaturen in Deutschland, Obotritenring 106, 19053 Schwerin

8.12. (Do), 14.00 Uhr:
**Turbulenzen um die 1. russische Reha.** Vortrag v. Viktor Gorynia mit anschl. Gesprächsrunde im weihnachtlichen Rahmen; Veranstaltung d. BSV-LV Berlin-Brandenburg u. BSV Fördervereins; Ort: Ruschestr. 103, Haus 22 (Stasi-Museum), 10365 Berlin

12.12. (Mo), 19.00 Uhr:
**Barluschke.** Psychogramm eines Spions. Filmvorführung, Dt. 1997; Veranstaltung d. BStU; Ort: Bildungszentrum d. BStU, Zimmerstr. 90/91, 10117 Berlin

# Hilferufe aus dem Elend

Am Rande der romantischen Lausitzer Kreisstadt Bautzen steht das „Gelbe Elend", ein über 100 Jahre alter Gefängnisbau aus hellen Ziegeln. Dort wurden schon zur Nazi-Zeit politische Häftlinge eingesperrt, 1945 übernahm die sowjetische Besatzungsmacht die unzerstörte Anlage. Überfüllung, schlechte Krankenversorgung, mangelnde Hygiene, fast völlige Isolation und vor allem unzureichende Verpflegung ließen unter den Gefangenen Verzweiflung entstehen. Dies zumal, nachdem „die Russen" alle Haftanstalten in der frischinstallierten DDR Anfang 1950 der Verwaltung ihres Satellitenstaates übergeben hatten. Darin hatten sich die Gefangenen Verbesserung ihrer Misere erhofft, doch im Gegenteil wurden die Rationen noch kleiner.

Nach den ersten organisierten Hungerstreiks und lauten Protesten am 13. März brach am 31. März 1950 ein teils organisierter, teils spontaner Aufstand der rund 6000 Gefangenen aus. „Wir haben Hunger!", „Wir wollen nicht verrecken!", „Wir rufen das Rote Kreuz, helft uns!", erschollen die Notschreie im mächtigen Chor aus vergitterten Fenstern über die Stadt. Die überraschten Bewacher der „Volkspolizei" (in der DDR waren die Haftanstalten nach sowjetischem Vorbild nicht dem Justizressort, sondern dem Innenministerium unterstellt) brauchten Stunden, um des Aufruhrs Herr zu werden. Dies geschah mit brutaler Gewalt, indem die ausgemergelten Gefangenen durch Gassen von Gummiknüppelschwingern Spießruten laufen mußten – egal ob es Schwerkranke, Alte oder Junge waren. Dabei ist viel Blut geflossen, und als Einpeitscher der Knüppelgarde hat sich ein Polizeirat „Hundeschulze" unrühmlich hervorgetan. Über dieses dramatische Ereignis berichteten einige wagemutige politische Häftlinge „nach draußen", und im Mai 1950 referierte Herbert Wehner dem SPD-Parteitag in Hamburg ausführlich darüber.

Erst in jüngster Zeit hat der aus Thüringen stammende, mit 17 Jahren inhaftierte Harald Knaußt aus Berichten der letzten Überlebenden und früheren Erlebnisschilderungen die Sammlung „Der vergessene Aufstand" zusammengestellt. Er hat außerdem mit großer Überzeugungskraft erreicht, daß die evangelische Kirchengemeinde St. Pauli mit der Stadt Bautzen 2011 zum ersten Mal offiziell des 31. März vor 61 Jahren gedachte und im St. Petri-Dom eine Andacht mit Glockenläuten stattfand, die künftig alljährlich wiederholt werden soll.

Rolf Heyder

*Harald Knaußt: Der vergessene Aufstand. Briefe, Berichte, Bilder. Eine Dokumentation, hg. v. Bautzen-Komitee e.V., 167 S. (f. Mitglieder kostenlos)*

# Das Zitat

In der Politik ist es wie im Konzert: Ungeübte Ohren halten das Stimmen der Instrumente schon für Musik.

Amintore Fanfani

## UOKG-Beratungsstelle

Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1,
10365 Berlin
Besucheradresse: Frankfurter Allee 187,
Haus 14, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Florian Kresse, Jurist, Mo-Do 10-16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail kresse@uokg.de

Carola Schulze, Di-Fr 10-16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),
Mo-Fr 10-16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

## Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1,
10365 Berlin, Tel. (030) 55 49 63 34,
Fax (030) 55 49 63 32
E-Mail bsv-beratung@gmx.de
Besucheradresse: Frankfurter Allee 187,
Haus 14, 10365 Berlin

Elke Weise, Juristin, Di 9-18 Uhr,
Mi u. Do 10-16 Uhr

Heidi Kulik, Di u. Do 8-15 Uhr,
Mi 9-17 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Westkreuz-Druckerei Ahrens KG, Postfach 490280, 12282 Berlin
PVSt. DPAG, Entgelt bezahlt. 13017

**Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im November Geburtstag haben**

Sonja Cantow, Rudolf Novotny am 1. November, Hans Schramm am 2. November, Helga Kiwitt am 4. November, Graziano Bertussin am 7. November, Elli Wargowski am 11. November, Joachim Giesicke am 15. November, Elisabeth Wollin am 17. November, Fritz Esenwein, Renate Heinrich am 18. November, Karl-Heinz Chilla am 20. November, Günter Baasch, Ingeborg Hoppe am 21. November, Günter Marciniak am 22. November, Joachim Schubert am 23. November, Inge Komoll am 26. November, Gerd Gebert am 27. November, Stefanie Brown am 28. November
Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

Die Redaktion

Aus technischen Gründen können die Spender für den BSV erst in der nächsten Ausgabe aufgeführt werden.

**Besonders danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben**

Norbert Behle, Uwe Behne, Peter G.M. Feige, Georg Fischer, Prof. Werner Gumpel, Dirk Hansen, Wolfgang Hirth, Rainer Hohmuth, Helga Kiwitt, Hans-Joachim Kosmahl, Erna Lobbes, Jürgen Lorenz, Friedrich Matthies, Renate Moczigemba, Eike Christine Radewahn, Reinhold Rösner, Hartmut u. Barbara Schlotte, Horst Schmiel, Renate u. Lothar Scholz, Ulrike Schultz, Günter Sickora, Joachim Tetzlaff, Christa Weiske, Anke Werner, H. Wüstemann

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein,
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48,
Berliner Bank AG, Verwendungszweck
„Stacheldraht-Spende"

**Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg**
Vorsitzender: Viktor Gorynia
E-Mail: bsvbb@yahoo.de
Sprechzeiten: Mi 9-17 Uhr

**BSV-Förderverein für Beratungen**
Geschäftsstelle
Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1,
10365 Berlin
Besucheradresse: Frankfurter Allee 187,
Haus 14, 10365 Berlin
Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 32
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48,
Nr. 665 52 45 01

**Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)**
Bundesvorsitzender: Rainer Wagner
Verbändekoordination: Carola Schulze,
Florian Kresse
Sprechzeiten: Mo-Fr 16-18 Uhr
Tel. (030) 55 77 93-52/-53, Fax -40
Leiter der Geschäftsstelle: Theo Mittrup,
Tel. (030) 55 77 93-51
Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1,
10365 Berlin
Besucheradresse: Frankfurter Allee 187,
Haus 14, 10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: Info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24

**Impressum DER STACHELDRAHT**

**Herausgegeben** von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

**Redaktion:** Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31
E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG,
BIC (SWIFT) DEUT DE DB110, IBAN DE58 100 708 480 6655245 01

BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

**Verlag:** Westkreuz-Verlag GmbH Berlin/Bonn, Postfach 49 02 80, 12282 Berlin,
Telefon (030) 7 45 20 47, Fax (030) 7 45 30 66
Verkaufspreis 1,- Euro
Auflagenhöhe 10 300

**Herstellung und Vertrieb:** Westkreuz-Druckerei Ahrens KG Berlin/Bonn, Töpchiner Weg 198/200, 12309 Berlin
E-Mail: druck@westkreuz.de, Internet: www.westkreuz.de

Bezug über die Redaktion
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereichter Texte behält sich die Redaktion vor.
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 24. Oktober 2011